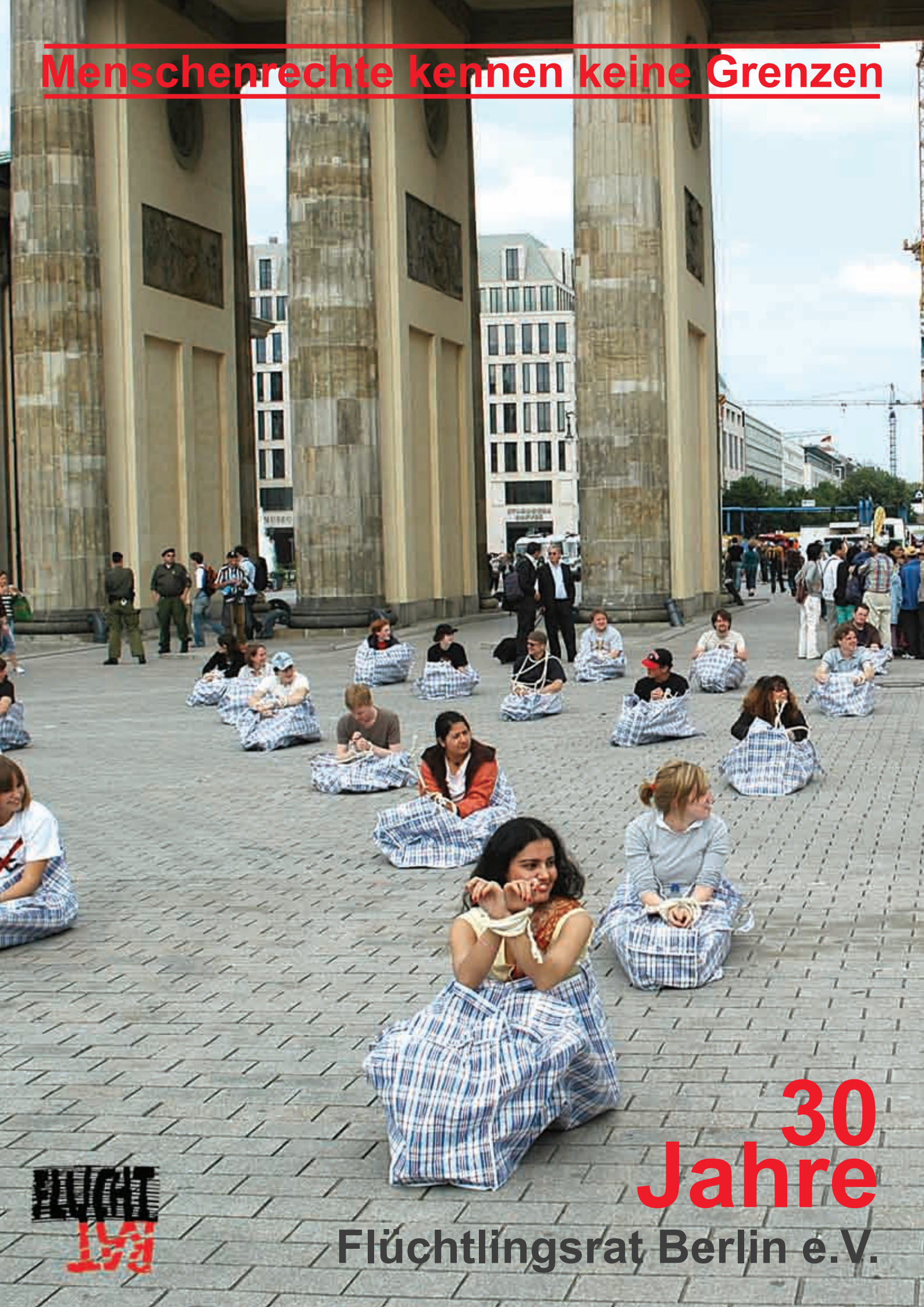
Menschenrechte kennen keine Grenzen



30 Jahre

Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Impressum

Herausgeber
Flüchtlingsrat Berlin e.V.
Georgenkirchstr. 69/70
10249 Berlin
Tel: 030/24344 5762
Fax: 030/24344 5763
buero@fluechtlingsrat-berlin.de
www.fluechtlingsinfo-berlin.de

Redaktion
Martina Mauer, Monika Bergen, Sylvia Pfaff-Hofmann
Sandra Breitmoser, Ginga Eichler, Melina Garcin

Die wiedergegebenen Beiträge spiegeln das breite Spektrum der im Flüchtlingsrat vertretenen Meinungen.

V.i.S.d.P.
Martina Mauer

Layout
Paul Gross

Bildnachweis
Flüchtlingsrat: S. 9, 10, 14, 15, 17, 30, 41
Rais Khalilov: S. 11, 25, 38
Paul Gross: Titelseite, S. 5, 16, 18, 19, 22, 40, 41
Gesellschaft für bedrohte Völker: S. 13
Jürgen Scheer: S. 27
Ute Kurzbein: S. 29
Overge: S. 45

Auflage
700 Stück

Druck
Saxoprint GmbH, Dresden

Berlin, September 2011

Inhalt

4 **Editorial**
Von Martina Mauer

6 **Grußwort von Dr. Michael Lindenbauer**
UNHCR-Vertreter für Deutschland und Österreich

7 **Grußwort von Dr. Maria Böhmer**
Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

8 **Chronik 30 Jahre Flüchtlingsrat Berlin**

12 **Zwar hat der Berliner Flüchtlingsrat im Laufe seiner Existenz die Politik nicht gänzlich in die Knie gezwungen, aber…**
Von Rita Kantemir-Thomä

14 **Der Flüchtlingsrat in den 1990er Jahren**
Erinnerungen von Uschi Jeske

16 **Mit GRIPS für Flüchtlingsrechte**
Eine Rückschau auf die letzten Jahre
Von Jens-Uwe Thomas

18 **Das BBZ, der Flüchtlingsrat und die Selbstorganisation der Flüchtlinge**
Von Walid Chahrour

20 **Grußwort von Klaus Wowereit**
Regierender Bürgermeister von Berlin

21 **Grußwort von Dr. Markus Dröge**
Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

22 **Fluchtursachen, Globale Bewegungsfreiheit und die Logik der „zivilisierten" Gesellschaft**
Von Jugendliche ohne Grenzen

26 **SOS for Human Rights**
Appell der Jugendlichen ohne Grenzen

28 **Die Grenzen Europas**
Die Reaktion der Europäischen Union auf die demokratischen Revolutionen in Nordafrika
Von Miriam Edding

33 **Grußwort von Carola Bluhm**
Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

34 **Grußwort von Pfr. Roland Herpich**
Direktor des Berliner Missionswerks

35 **Grußwort von Dr. Jürgen Micksch**
Vorsitzender von PRO ASYL

36 **Berlin braucht eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik!**
Forderungen des Flüchtlingsrates Berlin zu den Abgeordnetenhauswahlen 2011 und an die neue Landesregierung

39 **„Menschen werden nicht als Härtefall geboren, sie werden zum Härtefall gemacht."**
Ein Bericht aus dem Beratungsalltag.
Von Monika Hermann und Monika Kadur

41 **Der Arbeitskreis „Junge Flüchtlinge" des Flüchtlingsrat Berlin e.V.**
Von Uta Keßler und Siegfried Pöppel

44 **30 Jahre Flüchtlingsrat Berlin – 15 Jahre Büro für medizinische Flüchtlingshilfe**
Von Jessica Groß

46 **Zum 30. Jubiläum wünschen wir uns 300 neue Fördermitglieder!**
Aufnahmeantrag als Fördermitglied im Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Flüchtlingsrat Berlin feiert sein 30-jähriges Bestehen. Ein Jubiläum bietet nicht nur Anlass zum Feiern, sondern auch, um zurück in die Geschichte zu blicken. Diese Broschüre wirft daher Schlaglichter auf die wichtigsten Stationen in der Geschichte des Flüchtlingsrats.

Dabei wird deutlich: Der Flüchtlingsrat hat einiges erreicht. Seit 1990 hat dank Traudl Vorbrodts beispiellosem Engagement die Berliner Härtefallkommission tausenden Flüchtlingen ein Bleiberecht verschafft. Georg Classen und seine MitstreiterInnen konnten 1998 verhindern, dass 250.000 geduldeten Flüchtlingen in Deutschland die Sozialhilfe vollständig gestrichen wurde. 2003 hat der Flüchtlingsrat gemeinsam mit der *Initiative gegen das Chipkartensystem* das Gutscheinsystem in Berlin zu Fall gebracht. Walid Chahrour und die *Jugendlichen ohne Grenzen* haben mit unermüdlichem Einsatz eine bundesweite Bleiberechtsregelung erkämpft. Doch immer noch ist die rechtliche und soziale Lage von Flüchtlingen in Berlin wie in der gesamten Bundesrepublik alles andere als befriedigend.

Vor wenigen Wochen fanden die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus statt. Der Flüchtlingsrat hat aus diesem Anlass einen Katalog mit flüchtlingspolitischen Forderungen erstellt. Der Katalog zeigt: In unzähligen Bereichen besteht dringender Handlungsbedarf. Ein Beispiel ist der Schulbesuch von Flüchtlingskindern. Vorgeblich aus Kapazitätsgründen verweigern viele Berliner Schulen Kindern ohne Deutschkenntnisse die Aufnahme. Die Schulverwaltung ist nicht in der Lage oder willens, diesen rechtswidrigen Zustand zu beseitigen und sicherzustellen, dass Flüchtlingskinder aller Altersstufen ihrer Schulpflicht bzw. ihrem Recht auf Schule nachkommen können. Ebenso fehlt es an einem Konzept zur medizinischen Versorgung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus. Bisher hat sich die Innenverwaltung gegenüber allen vorgeschlagenen Modellen versperrt. Und dringender denn je benötigen wir eine neue Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge, die u.a. nicht auf das Kriterium der eigenständigen Lebensunterhaltssicherung abstellt. Wir erwarten von der künftigen Berliner Landesregierung, dass sie hier eine aktive Rolle bei der Innenministerkonferenz einnimmt und die erforderlichen Initiativen ergreift. Härtefallkommissionen, so wirksam sie im Einzelfall sein mögen, können eine gesetzliche Bleiberechtsregelung nicht ersetzen.
Auf Bundesebene beschäftigt uns im Jahr unseres Jubiläums vor allem das Asylbewerberleistungsgesetz. Die Bundesregierung hat zwar dessen Verfassungswidrigkeit eingestanden, geschehen ist bisher aber nichts. Flüchtlinge müssen weiterhin mit fast 40 Prozent weniger Leistungen auskommen als Hartz-IV Empfänger, arbeiten dürfen sie in der Regel nicht. Bis die Bundesregierung endlich tätig wird, fordern wir vom Berliner Senat Sofortmaßnahmen, wie die Übernahme der Kosten für ein BVG-Sozialticket für Flüchtlinge und Verhandlungen über die Aufnahme in eine gesetzliche Krankenversicherung („Bremer Modell“). Dringend nötig sind statt der Eröffnung ständig neuer Sammellager auch Maßnahmen, die Flüchtlingen die Anmietung von Wohnungen erleichtern, so u.a. die Anpassung der Mietobergrenzen an die Marktrealitäten.

Und noch ein weiteres Thema bewegt uns während der Vorbereitungen für unsere 30 Jahrfeier: die durch die arabischen Revolutionen ausgelösten Fluchtbewegungen nach Europa und die beschämende Reaktion Deutschlands und der europäischen Staaten auf das tägliche Sterben im Mittelmeer. Die Ereignisse in Libyen, in Tunesien und an den europäischen Außengrenzen sind derart schockierend, dass wir sie hier nicht außer Acht lassen können. Die Fragen nach der globalen Bewegungsfreiheit und der

Aktionstag *100 Tage und kein Bleiberecht* am 24. Februar 2007

Verantwortung Europas stehen daher in zwei Beiträgen der Broschüre im Fokus. Bereits im Rahmen der Kampagne *SOS for Human Rights*, die wir vor fast genau einem Jahr gemeinsam mit dem GRIPS-Theater, PRO ASYL und anderen ins Leben gerufen haben, fordern die *Jugendlichen ohne Grenzen:* „Fluchtwege freihalten! Den unerklärten Krieg gegen die Flüchtlinge beenden! Kinder- und Menschenrechte umsetzen!“ Angesichts seiner Aktualität soll auch dieser Appell in der Broschüre nicht fehlen.

Die 30-jährige Geschichte des Flüchtlingsrats Berlin ist auch die Geschichte der vielen Menschen, die sich mit uns für die Rechte der Flüchtlinge engagieren und unsere Arbeit finanziell und ideell unterstützen. Wir nehmen unser Jubiläum zum Anlass, ihnen allen herzlich zu danken: Unseren FreundInnen vom Berliner Missionswerk, der Gossner Mission und der Evangelischen Landeskirche, die seinerzeit den Grundstein legten für den Flüchtlingsrat und bis heute unsere wichtigsten Förderer sind. Den KollegInnen von PRO ASYL für die Zusammenarbeit und finanzielle Unterstützung in so vielen Bereichen. Unseren Vereins- und Fördermitgliedern, für die tatkräftige Mitarbeit und die regelmäßigen Zuwendungen. Unseren PraktikantInnen, die unentgeltlich im Flüchtlingsrat arbeiten, und nicht zuletzt Allen, die bei der Vorbereitung der Jubiläumsfeier und bei der Redaktion dieser Broschüre geholfen haben. Besonders bedanken möchten wir uns auch bei Jens-Uwe Thomas, dem ehemaligen Geschäftsführer des Flüchtlingsrats. Trotz seiner neuen Tätigkeit bei *Reporter ohne Grenzen* steht er uns immer noch tatkräftig zur Seite.

Dank gilt auch all denjenigen, die uns wunderbare Grußworte geschickt haben. Nicht alle Grußworte konnten wir in voller Länge abdrucken. Sie sind aber, wie auch die Broschüre selbst, auf unserer Homepage unter www.fluechtlingsrat-berlin.de nachzulesen.

Zu unserem 20-jährigen Jubiläum schrieb die damalige Geschäftsführerin Frauke Hoyer: „20 Jahre Flüchtlingsrat Berlin sind genug. Es ist jedoch zu befürchten, dass in 20 oder 30 Jahren wieder ein Jubiläum des Flüchtlingsrats zu begehen sein wird.“ Zehn Jahre später ist ein Ende noch nicht in Sicht. Zu viel gibt es zu tun. Damit die Geschichte des Flüchtlingsrats eine Erfolgsgeschichte bleibt und wir unsere Unabhängigkeit bewahren können, sind wir auch künftig auf Ihre Unterstützung angewiesen. Zum 30. Geburtstag wünschen wir uns 300 neue Fördermitglieder. Ein Antragsformular für eine Fördermitgliedschaft finden Sie auf S. 46 der Broschüre. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass das Motto unseres Flüchtlingsrats „Menschenrechte kennen keine Grenzen“ endlich verwirklicht wird.

Wir wünschen Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre und freuen uns auf viele weitere gemeinsame Jahre!

Martina Mauer, für den Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Grußworte

Dr. Michael Lindenbauer
UNHCR-Vertreter für Deutschland und Österreich

In den vergangenen 30 Jahren ist der Flüchtlingsrat Berlin mit großem Engagement für die Rechte von Asylsuchenden und Flüchtlingen eingetreten, in unzähligen Einzelfällen ebenso wie als wichtige Stimme bei der Diskussion im Umgang mit regionalen Herausforderungen und Problemen bei der Aufnahme und dem Aufenthalt von Schutzsuchenden, anerkannten Schutzbedürftigen und ‚geduldeten' Personen.

Die besondere Kompetenz des Berliner Flüchtlingsrates für betreffende Fragestellungen ist mittlerweile weit über den regionalen Wirkungsbereich hinaus bekannt und anerkannt. Diese 30 erfolgreichen Jahre sind eine gute Basis, um auch in der Zukunft den Umgang mit Schutzsuchenden und Schutzbedürftigen kritisch und konstruktiv zu begleiten. Hierfür wünschen wir dem Berliner Flüchtlingsrat viel Schaffenskraft und Erfolg!

Dabei werden sich auch weiterhin zahlreiche Themen ergeben, bei denen der Berliner Flüchtlingsrat und UNHCR für Maßnahmen zum Wohle von Asylsuchenden und Flüchtlingen eintreten. Besonders hervorgehoben sei insoweit die Forderung nach baldiger Einführung eines regulären Resettlement-Programms in Deutschland.

Dr. Maria Böhmer
Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration

Sehr geehrte Damen und Herren,

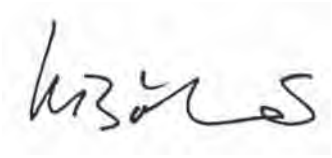
vor 30 Jahren hießen einige der Herkunftsländer von Flüchtlingen Türkei, Iran und Äthiopien. Die Not der Flüchtlinge, die vor dreißig Jahren in immer größerer Zahl auch nach Deutschland kamen, hat auch in Berlin großes ehrenamtliches Engagement geweckt – in Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und politisch engagierten Gruppen. Dieses Engagement trägt bis heute.

Neben den unmittelbaren Hilfen für Asylsuchende im Alltag hat der Berliner Flüchtlingsrat die Rechtsanwendung in Berlin im besten Sinne begleitet. Er hat beharrlich an der Beseitigung von Missständen gearbeitet und Fehlentwicklungen öffentlich gemacht: sei es hinsichtlich der Flüchtlinge vom Balkan Mitte der neunziger Jahre oder etwa beim Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Wer wissen will, wie es Schutzsuchenden in Berlin tatsächlich geht, kommt auch heute am Berliner Flüchtlingsrat nicht vorbei. Manches seiner Statements mag für die Politik unbequem sein oder auch überzogen klingen. Doch es geht um das Schicksal von Menschen, die Zuflucht suchen mussten. Hier hat die Arbeit des Flüchtlingsrates vielen geholfen.

Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Kraft und Erfolg für Ihre wichtige Arbeit!

Mit freundlichen Grüßen



Chronik 30 Jahre Flüchtlingsrat Berlin

1981

Der Flüchtlingsrat entsteht auf Initiative des Berliner Missionswerks, der Gossner Misison, der evangelischen Landeskirche und anderen aus dem Koordinierungsausschuss des Kirchlichen Entwicklungsdienstes. Schreiben an den Senator für Soziales, Protest gegen die Aussetzung von 300 AsylbewerberInnen aus dem Wohnheim Flottenstraße in die Obdachlosigkeit. Ihnen war vom für die Zentrale Sozialhilfestelle ZSA zuständigen Sozialstadtrat aus Berlin-Tiergarten mitgeteilt worden, sie müssten selbst für eine neue Unterkunft sorgen.

1982

Protest gegen das neu eingeführte Arbeitsverbot für Asylbewerber bei gleichzeitiger Verpflichtung, für 1,25 DM/Stunde „gemeinnützige Arbeiten“ zu verrichten. Vor Einführung des Arbeitsverbots hatten 70 Prozent der Asylbewerber Arbeit und für sich selbst gesorgt.

1983

Der Flüchtlingsrat appelliert an den Bundesminister der Justiz, von der Auslieferung des politischen Flüchtlings Cemal Altun in die Türkei abzusehen. Dieser nimmt sich am 30. August 1983 aus Furcht vor der drohenden Auslieferung mit einem Sprung aus dem 6. Stock des Verwaltungsgerichtes in der Hardenbergstraße das Leben.

1983/84 Sylvester

Sechs Abschiebehäftlinge verbrennen in ihren Zellen in der Polizeiabschiebehaft Augustaplatz in Berlin-Lichterfelde. 42 Gefangene aus elf Nationen saßen dort zur Unglückszeit, verteilt auf vier käfigartige Pferche. SPD und Alternative Liste fordern den Rücktritt von Innensenator Lummer (CDU).

1984

Frauke Hoyer übernimmt die Arbeit in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates. Der Flüchtlingsrat organisiert ein Hearing zur sozialen und rechtlichen Lage der Asylbewerber in West-Berlin. Die Dokumentation trägt den Titel „Abgelehnt, Ausgewiesen, Ausgeliefert“.

1985

Der Flüchtlingsrat protestiert erfolgreich gegen Pläne des DRK, in der Asylaufnahmestelle in der Spandauer Streitstraße zwei Ärzte unter Vertrag zu nehmen, die allein die medizinische Versorgung der Asylbewerber übernehmen sollen. Das Prinzip der freien Arztwahl müsse auch für Flüchtlinge gelten.

1986

Die Zahl der Asylsuchenden steigt auf 100.000/Jahr, vor allem Iraner verlassen wegen des Mullahregimes ihr Heimatland. In Berlin wird der *Verein Iranischer Flüchtlinge* gegründet. Die BRD schließt durch Vermittlung von Egon Bahr (SPD) mit der DDR ein Abkommen, das die Einreise Asylsuchender über den Flughafen Schönefeld und den Übergang Friedrichstraße nach Westberlin unterbindet. Der Senat errichtet zur Unterbringung Asylsuchender Großzelte auf Sportplätzen. Der Flüchtlingsrat unterstützt die *Aktion Fluchtburg* der Alternativen Liste und deren Aufruf Flüchtlinge zu verstecken, um sie vor Abschiebung zu schützen. Blockade eines BVG-Busses am Flughafen Tegel, der Tamilen aus Sri Lanka zur Abschiebung bringen soll.

1987

Durch einen Brand in der Berliner Asylbehörde werden sämtliche Asylakten vernichtet, es ist unklar wie die Verfahren weiter geführt werden sollen. Viele konnten ihre Identität nicht mehr nachweisen, aber auch nicht abgeschoben werden. Protestaktionen

des Flüchtlingsrates gegen drohende Abschiebungen in den Libanon. Innensenator Kewenig (CDU) verkündet am 1.10.1987 eine Bleiberechtsregelung für alle Flüchtlinge aus dem Libanon, die zu diesem Stichtag in Berlin leben, und für alle übrigen Asylbewerber in Berlin, die vor dem 1.1.1981 eingereist sind. Sozialhilfebezug ist kein Hindernis.

1988

Protest gegen den neuen Ausländererlass des Innensenators, der die Ausweisung Jugendlicher und Heranwachsender erleichtern soll.

1989

Verleihung des *Gustav-Heinemann-Bürgerpreises* an den Flüchtlingsrat.

1990

Gründung der Härtefallkommission (HFK) Berlin als erste ihrer Art bundesweit. Traudl Vorbrodt vertritt bis 2010 den Flüchtlingsrat in der HFK. Proteste gegen die Zustände bei der Berliner Ausländerbehörde, bis zu fünf Tage müssen wartende Asylsuchende vor der Behörde im Freien kampieren. SPD Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine erhält wegen seines Engagements für die Abschaffung des Asylgrundrechts vom Flüchtlingsrat Berlin das „Steinerne Herz“. West-Berlins Rot-Grüne Koalition führt die Schulpflicht für asylsuchende und geduldete Kinder ein und verabschiedet auf Landesebene eine großzügige Bleiberechtsregelung.

1991

Die Verteilung Asylsuchender auf die neuen Bundesländer beginnt. In den Berliner Beratungsstellen tauchen zunehmend „Rückflüchtlinge“ auf, die von rassistischen Übergriffen berichten. Rassistische Übergriffe auf das Asylbewerberheim in Hoyerswerda und anderswo. Beratungsstellen fordern den Stopp der Verteilung.

1992

Der Flüchtlingsrat beteiligt sich an Demonstrationen gegen die ausländerfeindlichen Pogrome und Brandanschläge auf die Asylaufnahmestelle in Rostock-Lichtenhagen.

1993

Widerstand gegen die faktische Abschaffung des Asylgrundrechts. Der „Asylkompromiss“ tritt am 1.7.1993 in Kraft: Einschränkung des Asylgrundrechts, Drittstaatenregelung. Einführung des AsylbLG zum 1.11.1993. Kriegsflüchtlinge aus Bosnien müssen bei Minusgraden bis zu drei Tage vor der Ausländerbehörde Waterloo-Ufer auf die Registrierung und Ausstellung einer Duldung warten.

1994

Hungerstreik in der Abschiebungshaft Kruppstraße. Engagement mit der *Initiative gegen Abschiebehaft* und weiteren Bündnispartnern gegen die menschenunwürdigen Zustände in der Haft. Durchsetzung der Auszahlung des Barbetrages nach AsylbLG (Taschengeld) in der Abschiebungshaft mit einem Musterverfahren beim Verwaltungsgericht Berlin.

1995

Herausgabe eines Leitfadens für *Junge Flüchtlinge in Schule und Ausbildung*.

1996

Mahnwache vor der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales gegen Sozialhilfekürzungen für bosnische Flüchtlinge - Slogan: „Schikanen gegen Flüchtlinge sind eine Schande für Berlin“. Beteiligung am Runden Tisch für bosnische Flüchtlinge.

Aktion *Das Boot ist nicht voll, 2001*

1997

Protestaktionen gegen die Auswirkungen des novellierten Asylbewerberleistungsgesetzes, u.a. vor der für AsylbewerberInnen in ganz Berlin zuständigen Lebensmittelausgabestelle der Firma SORAT/PeWoBe in der Kreuzberger Methfesselstraße. Berlin hatte über den Vermittlungsausschuss in letzter Minute eine Leistungskürzung für 36 Monate für alle Leistungsberechtigten, unabhängig von der bisherigen Aufenthaltsdauer, ins Gesetz hineinverhandelt.

1998

Innensenator Schönbohm veranlasst Massenabschiebungen nach Bosnien, rechtswidrig werden auch Traumatisierte abgeschoben, der Flüchtlingsrat kritisiert die „Nacht- und Nebelaktion“ scharf. Die vom Land Berlin (Barbara John/CDU und Senatorin Hübner/CDU) über eine Bundesratsinitiative betriebene Streichung der Sozialhilfe für die bundesweit 250.000 geduldeten Flüchtlinge wird durch eine vom Flüchtlingsrat initiierte Kampagne mit Kirchen, Verbänden usw. gegen das „Obdachlos Aussetzen und Aushungern“ Geduldeter verhindert. Betroffen gewesen wären vor allem Flüchtlinge aus Bosnien und dem Kosovo. Die abgemilderte Verschärfung des AsylbLG durch den neuen § 1a tritt am 1.9.1998 in Kraft.

1999

Der Flüchtlingsrat erhält den Preis des Deutschen Bundestages *Demokratie leben*. Berlins Sozialämter fallen durch eine bundesweit beispiellose Brutalität bei der Umsetzung des neuen § 1a AsylbLG auf. Sie verweigern neu einreisenden wie auch seit vielen Jahren hier lebenden Flüchtlingen aus Serbien, Bosnien und dem Kosovo zunehmend sämtliche Leistungen nach AsylbLG, da diese Flüchtlinge nur eingereist seien, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Sogar die medizinische Versorgung wird verweigert. Wohnheime setzten die Flüchtlinge auf die Straße. Erst mit Beginn der Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO werden wieder Leistungen gewährt.

2000

Nach 16 Jahren übergibt Frauke Hoyer die Geschäftsführung des Flüchtlingsrats an Jens-Uwe Thomas, der von der *Oase Pankow* kommt. Absage an die Bundesregierung zur Teilnahme an der Auftaktveranstaltung des von ihr initiierten *Bündnisses für Demokratie und Toleranz*. Der Flüchtlingsrat gibt Berliner Erklärung „Zur Glaubwürdigkeit staatlicher Antidiskriminierungspolitik“ mit heraus.

2001

Kritik am geplanten Zuwanderungsgesetz und der Einschränkung der Bürgerrechte und des Ausländerrechts durch die Antiterrorgesetze der Rot-Grünen Bundesregierung. Bootsfahrt „Das Boot ist nicht voll!“ mit Flüchtlingen zum Tag des Flüchtlings. Georg Classen verstärkt das Team des Flüchtlingsrates.

2002

Nach Protesten von Roma-Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien in Berlin kommt verstärkt die Forderung nach einer neuen bundesweiten Bleiberechtsregelung auf.

2003

Gründung *Berliner Bündnis für eine Bleiberechtsregelung*, Kundgebung beim UNHCR-Symposium zum Flüchtlingsschutz. Nach jahrelangen Kampagnen des Flüchtlingsrates und der *Initiative gegen das Chipkartensystem* kündigt Sozialsenatorin Knake-Werner den Chipkarten-Vertrag mit der Firma Sodexo. Unter das AsylbLG fallende Flüchtlinge erhalten Bargeld, auch die Bezirksämter ziehen nach. Zudem regelt die Senatorin, dass AsylbewerberInnen nach drei Monaten eine Wohnung anmieten dürfen.

Rettungsring-Installation vor dem Berliner Hauptbahnhof am 1. Oktober 2009

2004

Bildung einer unabhängigen Härtefallberatungsstelle des Flüchtlingsrates in Kooperation mit dem Jesuiten Flüchtlingsdienst. Die Härtefallkommission erhält mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes zum 01.01.05 eine gesetzliche Grundlage. Hingegen fehlt in dem neuen Gesetz eine Bleiberechtsregelung.

2005

Start der Kampagne *Hier geblieben!* mit Unterstützung des GRIPS Theaters und der GEW Berlin. Gründung der Initiative *Jugendliche ohne Grenzen*, die bei den Innenministerkonferenzen in Stuttgart und Karlsruhe für eine großzügige Bleiberechtsregelung demonstriert.

2006

Fortsetzung der Bleiberechtskampagne mit Konferenzen der *Jugendliche ohne Grenzen* am Ort der Innenministerkonferenzen in Garmisch-Partenkirchen und Nürnberg. Im November 2006 verkündet die IMK Nürnberg eine Bleiberechtsregelung, die im August 2007 durch eine gesetzliche Altfallregelung ergänzt wird.

2007

Der Flüchtlingsrat unterstützt Eingaben junger bleibeberechtigter Flüchtlinge an die Bundesregierung, die eine Ausbildung machen oder studieren und denen deshalb – vor allem vom Jobcenter Berlin-Mitte – sämtliche Sozialleistungen gestrichen werden: Kein Arbeitslosengeld 2, weil es das bei einer Ausbildung nicht gibt, kein BaföG/BAB, weil die Jugendlichen wegen des langjährigen Arbeitsverbots ihrer Eltern die Anspruchsvoraussetzungen des BAföG für Ausländer nicht erfüllen. Zum 1.1.2008 erreicht der Flüchtlingsrat eine grundlegende Reform der BAföG-Förderung für Ausländer. Dies schafft für die meisten bleibeberechtigten Flüchtlinge, aber auch viele andere absehbar dauerhaft hier lebende AusländerInnen die Möglichkeit, sich zu qualifizieren, da nunmehr ein BAföG-Anspruch auch unabhängig von einer Erwerbstätigkeit der Eltern besteht. Bildungsministerin Schavan verkündet: „Das BAföG wird internationaler!“

2008

Eröffnung der Ausstellung *Auf gepackten Koffern – Leben in der Abschiebehaft*. Symposium zur Lage unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Podiumsdiskussion mit UNHCR und Innensenator Körting zum Resettlement. Start der Berliner Kampagne für die Aufnahme von Flüchtlingen *Save-me*.

2009

Kundgebung gegen Massenabschiebung von VietnamesInnen am Flughafen Schönefeld. Aktion *Wir fliegen ohne Air Berlin in den Sommer*. Unterstützung für im Görlitzer Park kampierende obdachlose Roma aus Rumänien.

2010

Martina Mauer ergänzt das Team des Flüchtlingsrats und löst 2011 Jens-Uwe Thomas ab, der zu *Reporter ohne Grenzen* wechselt. Start der Kampagne *SOS for Human Rights*. Die Kampagne gegen die Residenzpflicht zeigt erste Wirkungen: Brandenburg bildet insgesamt einen Residenzpflichtbezirk, Verlassenserlaubnisse zwischen Berlin und Brandenburg werden großzügiger erteilt, die Zusammenlegung mit Berlin zu einem gemeinsamen Residenzpflichtbezirk ist aber noch nicht erfolgt.

2011

Engagement für Wohnungen statt neuer Sammellager für Asylsuchende. Der Flüchtlingsrat präsentiert zur Wahl 2011 einen Forderungskatalog an den neuen Senat. 30 Jahrfeier des Flüchtlingsrats im Berliner GRIPS-Theater. Warten auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den seit 1993 unveränderten AsylbLG-Grundleistungen.

Zwar hat der Berliner Flüchtlingsrat im Laufe seiner Existenz die Politik nicht gänzlich in die Knie gezwungen, aber…

Von Rita Kantemir-Thomä

Vor 30 Jahren, 1981 also, war ich Mitglied der AL-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und für den parlamentarischen *Ausländerausschuss* zuständig. Im Berliner Missionswerk traf sich damals regelmäßig eine kleine Gruppe von Einzelpersonen, die sich zum Ziel gesetzt hatten, in Berlin ankommende Flüchtlinge zu unterstützen. Unter ihnen waren Pfarrer Gunnar Hasselblatt und Pfarrer Ehrhard Mische. Zu dieser Gruppe stieß ich nach Einzug ins Berliner Landesparlament, um mir Rat und Hilfe zu holen. Wir bemerkten schnell, dass es einer festen Institution bedurfte, die von den Behörden und Politikern als Ansprechpartnerin ernst genommen und gehört wurde. So entstand der Flüchtlingsrat. Kurze Zeit später wurde mit Frauke Hoyer, die gerade aus Afrika zurückgekehrt war, eine kompetente Geschäftsführerin eingestellt.

Zum Flüchtlingsrat stießen immer mehr interessierte Personen, die sich privat oder beruflich für Flüchtlinge engagierten. Von besonderer Bedeutung waren für uns die Demonstrationen vor der Abschiebehaftanstalt am Augustaplatz, vor der Ausländerbehörde und den Sammelunterkünften für Flüchtlinge. Wir protestierten gegen geplante Abschiebungen und die unmenschlichen Bedingungen, unter denen die Flüchtlinge in allen diesen Einrichtungen leben mussten und litten.

Im April 1983 begannen die Vorbereitungen zu einem internationalen Hearing über die rechtliche und soziale Lage der Flüchtlinge in West-Berlin. Auslöser der Untersuchung war der Tod des türkischen Flüchtlings Cemal Kemal Altun. Er hatte bereits dreizehn Monate in Einzelhaft verbracht, weil deutsche Behörden die politische Verfolgung durch die türkische Militärregierung nicht anerkannten und ihn an den Verfolgerstaat ausliefern wollten. In dieser Zeit fanden zahlreiche Demonstrationen, ein Hungerstreik sowie Protestaktionen auch unmittelbar vor dem Gefängnis und dem Justizgebäude gegen seine Auslieferung statt. Aus Verzweiflung sprang Cemal Altun am 31. August 1983 aus dem 6. Stock des Verwaltungsgerichts. Sein Tod führte zur Gründung des Vereins *Asyl in der Kirche e.V.*, der bis heute bundesweit von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen Schutz und Hilfe bietet.

Am 31. Dezember 1983 verbrannten in der Abschiebungshaft in Berlin sechs Menschen, weil die Käfigtüren zu den Zellen bei einem Brand schlicht nicht geöffnet worden waren. Unter dem Eindruck dieser Geschehnisse fand vom 20. bis 22. Januar 1984 in Berlin das erwähnte Hearing statt unter dem Titel: *Abgelehnt, ausgewiesen, ausgeliefert*. Eingeladen waren auch die damals für den Aufgabenbereich Flüchtlinge verantwortlichen PolitikerInnen: Innensenator Lummer, Sozialsenator Fink und die Ausländerbeauftragte Barbara John. Sie erschienen jedoch nicht. Der Innensenator fragte in einem Schreiben[1] an den Flüchtlingsrat sogar, ob der Flüchtlingsrat sich nicht mit dieser Veranstaltung auf unstatthafte Weise staatliche oder andere Autorität anmaße.

Die Berichte, die MitarbeiterInnen von Hilfsorganisationen über die Lage der Flüchtlinge in der Bundesrepublik und West-Berlin erstatteten, wurden von einer hochkarätigen Jury ausgewertet. Ihr gehörten u.a. Hans Ranco Brantner vom Zentralrat der Sinti und Roma, Jean-Claude Diallo vom Psychologischen Zentrum für Flüchtlinge in Frankfurt a.M., Prof. Dr. jur. Atle Grahl-Madsen von der Universität Bergen (Norwegen), Prof. Dr. jur. Martin Hirsch, Bundesverfassungsrichter a.D., der ehemalige UNHCR-Direktor Gilbert Jaeger aus Brüssel und Prof. Dr. jur.

Uwe Wesel von der Freien Universität Berlin an. Sie alle kamen übereinstimmend zu einem vernichtenden Urteil über die politische und behördliche Praxis gegenüber den Schutzsuchenden. Von diesem Hearing gingen entscheidende Impulse aus. Seine Ergebnisse bildeten die fachliche Grundlage für spätere politische Auseinandersetzungen um den Schutz und die Rechte von Flüchtlingen.

Die Existenz des Flüchtlingsrates Berlin zog weitere Gründungen von Flüchtlingsräten in der Bundesrepublik nach sich. 1986 enstand die Flüchtlingsorganisation PRO ASYL, die bundesweit aktiv wurde. Mitte der 80er Jahre riefen der Flüchtlingsrat, Mitglieder der Alternativen Liste und Kirchengemeinden die Aktion *Fluchtburg* ins Leben. Sie machte es sich zur Aufgabe, Flüchtlinge, denen die Abschiebung drohte, in andere Bundesländer weiterzuleiten, zu verstecken und auf andere Weise ihr Leben und ihre körperliche und psychische Unversehrtheit zu schützen.

Durch die Gründung des Flüchtlingsrates Berlin, durch seine Netzwerk- und Koordinierungsrolle sowie seine spontanen und geplanten Aktionen ist das bis dahin im Verborgenen gebliebene Schicksal zahlreicher Flüchtlinge an die Öffentlichkeit gelangt. Der Flüchtlingsrat und seine MitstreiterInnen haben viele Verbesserungen erreicht und häufig Abschiebungen verhindert. Von der Landes- und Bundesregierung geplante Verschlechterungen der rechtlichen Situation von Flüchtlingen konnten zumindest zum Teil abgemildert werden. Und auch künftig wird der Flüchtlingsrat ein wachsames Auge auf die asyl-, flüchtlings- und migrationspolitischen Initiativen der Berliner, der Bundes- und der europäischen Politik haben!

Wie gesagt: ‚In die Knie gezwungen' haben wir die Politiker nicht. Aber wir haben ihre Flüchtlings- und Migrationspolitik in erheblichem Maße zugunsten der Flüchtlinge beeinflusst.

Also weiter so in den nächsten 30 Jahren!

Berichterstatter auf dem Hearing zur Lage der Asylsuchenden in Berlin, 1984

1) vgl. Gesellschaft für bedrohte Völker: Abgelehnt, Ausgewiesen, Ausgeliefert – Dokumentation zum Hearing über die soziale und rechtliche Lage der Asylbewerber in West-Berlin (20.-22.1.1984), Göttingen 1984.

Rita Kantemir-Thomä gehört zu den Gründungsmitgliedern des Flüchtlingsrats Berlin. Im Familienzentrum Kreuzberg bietet sie Beratung zum Aufenthaltsrecht an. 2008 wurde sie für ihr langjähriges Engagement für Asylsuchende und Flüchtlinge mit dem Berliner Frauenpreis ausgezeichnet.

„Der Flüchtlingsrat ist eine unverzichtbare Institution für die Flüchtlinge, für uns Kirchen und die Weltstadt Berlin. Deshalb unterstützen wir ihn seit seiner Gründung. Gäbe es ihn nicht, müsste man ihn erfinden."

Friederike von Kirchbach, Pröpstin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Der Flüchtlingsrat in den 1990er Jahren

Erinnerungen von Uschi Jeske

Als ich 1994 von der Existenz des Flüchtlingsrats erfuhr, arbeitete ich als Sozialpädagogin bei *publicata e.V.* und leitete dort die psychosoziale Beratungsstelle für Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien.

Diese Tätigkeit war eine neue Herausforderung für mich. Solidarität wurde mir in der DDR und im Elternhaus vermittelt, Engagement war selbstverständlich, Lebens- und pädagogische Erfahrungen vorhanden. Nun galt es, mir ein umfangreiches Wissen zum Ausländergesetz anzueignen, aber auch zur Geschichte Jugoslawiens (was über Presseveröffentlichungen hinausging). Bedeutsam war auch die Suche nach Verbündeten, Kontakte zu Flüchtlingsorganisationen und Institutionen herzustellen, also ein „Netzwerk“ zu schaffen – was mir später unwahrscheinlich half (Ausländerbeauftragte, Beratungsstellen, DRK, Rechtsanwälte, Psychologen, Ärzte, Schulen, Jugendämter, Kirchen, Behandlungszentrum für Folteropfer etc.). Parallel dazu musste ich die für mich richtige Vorgehensweise finden.

Der Beginn meiner Beratungstätigkeit fiel in die Zeit des Balkankrieges. Zwischen 1991 bis 1995 kamen über 30.000 Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien nach Berlin, die meisten von ihnen aus Bosnien. Für sie gab es im Ostteil unserer Stadt kaum Beratungsangebote, obwohl viele schwer traumatisiert waren und dringend Hilfe benötigten. Ich entschied mich daher, in den Heimen in der Landsberger Allee (Prenzlauer Berg) und in der Siegfriedstraße (Lichtenberg) Beratung anzubieten. Als „mobile Sozialarbeiterin“ wartete ich nicht auf die Flüchtlinge, sondern ging zu ihnen. Meine Ziele in den vielen Gesprächen waren: Zuhören, keine Versprechen abgeben, die nicht zu halten waren, Parteinahme für die Flüchtlinge – Vertrauen schaffen.

Nach meiner ersten Kontaktaufnahme mit dem Flüchtlingsrat und Diskussionen zum weiteren Vorgehen schloss sich das Netzwerk der Ostberliner Beratungsstellen wie *publicata e.V.*, die *BI Hohenschönhausen, Ball e.V.*, *Kultur ist Plural* und andere 1995/96 dem Berliner Flüchtlingsrat an und brachte hier seine Erfahrungen insbesondere in der Zusammenarbeit mit Vietnamesen und Russlanddeutschen ein. Der Flüchtlingsrat war damals noch kein eingetragener Verein, sondern ein Zusammenschluss verschiedener in der Flüchtlingsarbeit tätiger Organisationen, Einzelpersonen und Initiativen. Für mich

Aktion gegen Abschiebungen vor dem Flughafen Schönefeld, 1996

stellte die Mitarbeit im FR eine fachliche und emotionale Bereicherung dar. Trotz weltanschaulicher Unterschiede einte uns das gemeinsame Ziel: das Engagement für die Flüchtlinge, die Organisation von Hilfe und der politische Einsatz für die Rechte der Flüchtlinge.

Ich erinnere mich gerne an die Zusammenarbeit mit Frauke Hoyer, Ginga Eichler, Karin Hopfmann, Ellen Brombacher, Kati Vogt, Traudl und Eberhard Vorbrodt, Joachim Rüffer, Walid Chahrour und vielen anderen. Alle kämpften bei politischen Aktionen gemeinsam, auch wenn wir in der Vorbereitung oft heftig miteinander diskutierten, so z.B. über Probleme und Ursachen des Kosovokrieges. Wir demonstrierten gegen willkürliche Festnahmen, Familientrennungen und Abschiebungen. In Erinnerung geblieben ist mir die Familie K. aus Kroatien. Die 70-jährigen Eltern und der erwachsene Sohn, die viele Jahre in Deutschland gelebt hatten, sollten abgeschoben werden. Sie wurden nachts aus dem Schlaf gerissen und in den Abschiebegewahrsam zum Tempelhofer Damm gebracht. Ich erfuhr davon, sprach mit der Ausländerbehörde und bekam auch Unterstützung durch den Flüchtlingsrat. Mit Hilfe der damaligen Ausländerbeauftragten Frau Barbara John gelang die Freilassung. Später bekam die Familie ein Bleiberecht.
Bei allen unseren Protestaktionen z.B. am Flughafen Schönefeld und vor den Gebäuden der Innen- und Sozialverwaltungen waren Flüchtlinge dabei. Wichtig war uns allen auch, mithilfe der Medien Öffentlichkeit für unsere Anliegen zu schaffen. Nicht alle Aktionen waren von Erfolg gekrönt, aber wir ließen uns niemals entmutigen. Wir bestärkten uns immer wieder gegenseitig, im Kampf um die Menschenwürde nicht nachzulassen.

In meiner Beratungstätigkeit hatte ich zumeist mit Familien zu tun, mit Roma und traumatisierten Frauen. Voller Empörung waren wir, wenn traumatisierte Flüchtlinge von MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde beschuldigt wurden, „Gefälligkeitsgutachten“ lanciert zu haben, also angeblich nicht traumatisiert zu sein. Das kam regelmäßig vor. Oftmals musste dann noch ein Zweitgutachten vom polizeiärztlichen Dienst eingeholt werden. Eine mühsame und schikanöse Prozedur. Die Situation der Kriegsflüchtlinge aus Jugoslawien beschäftigte uns noch viele Jahre, zum Beispiel als die Bundesregierung die 1998 mit einer völligen Streichung der Sozialhilfe die Menschen quasi aushungern und so zur Ausreise bewegen wollte. Gegen die von Innensenator Schönbohm angeordneten Nacht- und Nebelabschiebungen nach Sarajewo protestierten wir scharf.

Als zunehmend finanzielle Mittel für unsere Arbeit fehlten, überlegten wir, wie wir die Existenz des Flüchtlingsrats sichern könnten. Als Ergebnis gründeten wir den Verein Flüchtlingsrat Berlin e.V. Ich bin stolz darauf, zu den Gründungsmitgliedern zu gehören. Auch half mir meine langjährige Vorstandsarbeit tiefere Einblicke in die Flüchtlingsarbeit zu gewinnen und meine bisherigen Erfahrungen in der Arbeit mit Flüchtlingen einzubringen.

Dem Berliner Flüchtlingsrat e.V. wünsche ich weiterhin das nötige Stehvermögen und viel Erfolg im Kampf um die Rechte der Flüchtlinge!

Uschi Jeske ist seit 1994 Mitglied des Flüchtlingsrats Berlin.

„Der Flüchtlingsrat Berlin ist weit über die Grenzen Berlins hinaus bekannt, und das hat nicht nur, aber auch viel mit der Person von Georg Classen zu tun.“

Nele Allenberg, Juristische Referentin, Der Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der EU

Mit GRIPS für Flüchtlingsrechte

Eine Rückschau auf die letzten Jahre

Von Jens-Uwe Thomas

Im Juni 2001 feierten wir im GRIPS Theater den 20. Geburtstag des Flüchtlingsrats Berlin. Der Flüchtlingsrat lud seine Freundinnen und Freunde ein, das aktuelle GRIPS-Stück *Melodys Ring* gemeinsam anzusehen, in dem sich ein bosnisches Mädchen in Berlin auf die Suche nach einem Zauberring begibt.

Zu dieser Zeit standen in Berlin viele vor dem Krieg geflohene Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien unter dem Druck einer drohenden Abschiebung. Wir hofften, dass nicht nur ein selten zu findender Zauberring, sondern auch eine verantwortungsvolle Politik Flüchtlingskindern und ihren Eltern eine Perspektive in Deutschland geben würde. Damals ahnten wir noch nicht, dass schon wenige Jahre später ein bosnisches Mädchen die Hauptrolle in einem neuem Stück des GRIPS Theaters spielen und damit den Stein ins Rollen bringen sollte.

Szene aus dem Theaterstück *Hier geblieben!*, GRIPS Theater

Im August 2004 rief die Neuköllner Fritz-Karsen-Oberschule im Büro des Flüchtlingsrats an. Das neue Schuljahr hatte gerade begonnen und eine bosnische Schülerin – Tanja Ristic – war vor den Augen ihrer MitschülerInnen und ihrer Lehrerin von der Polizei abgeholt worden. Sie sollte mit ihrer Familie abgeschoben werden. Die Proteste von Tanjas MitschülerInnen fanden ein großes Medienecho, Tanja konnte mit ihrer Mutter vorerst bleiben, ihr Vater und ihre ältere Schwester wurden abgeschoben.
Als sich zum Jahresende solche Fälle wiederholten, wandte sich der Flüchtlingsrat an Volker Ludwig, den Intendanten des GRIPS Theaters. Wir brauchten dringend Unterstützung für unsere Forderung nach einem Bleiberecht für Flüchtlinge.

Unsere Hoffnung wurde mehr als erfüllt. Die bis dato dem Flüchtlingsrat noch unbekannte theaterpädagogische Abteilung des GRIPS übernahm mit unglaublichem Einsatz die Regie. Es ging nun nicht mehr „nur“ um öffentliche Petitionen von Kulturschaffenden, es ging um eine Kampagne mit Ausstellung, Theaterstück, Plakaten und Infomaterial für Schulen. *Hier geblieben!* wurde im April 2005 gestartet. Tanjas Schicksal und der Protest ihrer MitschülerInnen wurden auf der Bühne in Szene gesetzt – das Stück und die gleichnamige Kampagne wurden ein überragender Erfolg.

Der Premiere des Stücks folgten zahlreiche öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen. Den Symbolen von *Hier geblieben!* und der Forderung nach einem Bleiberecht konnten das Bundesinnenministerium und die Innenminister der Länder nicht entkommen, auch nicht im bayerischen Idyll in Garmisch-Partenkirchen. Die Betroffenen selbst – deren erste „Generation“ sich bereits vor dem Kampagnen-Start in Berlin getroffen hatte – begannen fortan als *Jugendliche ohne Grenzen* die folgenden Innenministerkonferenzen mit einem Rahmenprogramm zu „bereichern“. Gradmesser für den Erfolg von *Hier geblieben!* ist letztlich auch die Realpolitik mit einer sicher unzureichenden, aber doch nutzbaren Bleiberechtsregelung.
Nicht vergessen werden sollte, dass Tanja aufgrund

Aktion der *Jugendlichen ohne Grenzen* zur Innenministerkonferenz in Garmisch-Partenkirchen 2006

der lautstarken Forderungen ihrer Schulklasse vor dem Rathaus Neukölln im Sommer 2004 bleiben und ihre Schwester und ihr Vater nach Berlin zurückkehren konnten. Ein Happy-End, das die Theatermacher vom GRIPS nicht vorhersehen konnten.

Hier geblieben! tourt nicht mehr durch die Republik, aber das Netzwerk zwischen Flüchtlingsräten, PRO ASYL und GRIPS Theater sowie dem entscheidenden Bindeglied *Jugendliche ohne Grenzen* besteht weiterhin.

Es ist ein wirklich annehmbares Erbe von *Hier geblieben!*, dass wir nun auch die größeren Zusammenhänge thematisieren und uns auf die europäische Ebene wagen: Mit *SOS for Human Rights* haben wir eine gemeinsame Kampagne gestartet, die mit einem neuen Theaterstück europaweit auf Tour gehen soll – getreu dem Motto des Flüchtlingsrates „Menschenrechte kennen keine Grenzen!".

Jens-Uwe Thomas war von April 2000 bis November 2010 Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Berlin. Jetzt arbeitet er als Referent für Migrationsrecht, Flüchtlingsarbeit und Nothilfe bei Reporter ohne Grenzen e.V.

„Der Flüchtlingsrat ist seit 30 Jahren ein wichtiger und kompetenter Ansprechpartner für Asylsuchende, Flüchtlinge, Menschen mit unsicherem Aufenthalt in Berlin. Mit Kompetenz und Nachdruck vertritt der Flüchtlingsrat seine Anliegen auch gegenüber den Abgeordneten in den Parlamenten."

Ulla Jelpke (MdB), Innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Das BBZ, der Flüchtlingsrat und die Selbstorganisation der Flüchtlinge

Von Walid Chahrour

Jährlich fliehen unzählige Menschen aus ihren Ländern, die meisten in die Nachbarstaaten. Nur ein geringer Teil schafft es nach Europa, und von diesen wiederum schafft es nur ein geringer Teil nach Deutschland. Bei ihrer Flucht müssen sie viele Hürden überwinden, oft dauert es Jahre, bis sie ihr Ziel erreicht haben. Diese Menschen haben Krieg, Verfolgung und Grenzen hinter sich gelassen und dabei viel Kreativität bewiesen. Nur mit Solidarität, Durchhaltevermögen und Eigeninitiative konnten sie die schwere Reise überstehen.

Walid Chahrour und Mitglieder von *Jugendliche ohne Grenzen*

Doch spätestens bei der ersten Vorsprache bei der Ausländerbehörde werden ihnen ihre Würde und ihre Selbstständigkeit genommen. Ihnen wird mit Siegel und Stempel die Aufnahme von Arbeit, einer Ausbildung oder eines Studiums verweigert. Man nimmt ihnen ihre Bewegungsfreiheit, verpflichtet sie in Lagern zu leben und hält sie auf niedrigstem finanziellen Niveau. Ein selbstbestimmtes Leben ist kaum mehr möglich. Die Menschen werden zu Nummern, zu Akten, entsolidarisiert und vereinzelt.

Dem versuchen das Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und MigrantInnen (BBZ) und der Flüchtlingsrat Berlin entgegen zu wirken. Wir haben den Anspruch, die Flüchtlinge bei ihrer Selbstorganisation zu unterstützen und dadurch die Potentiale, die Kreativität und Eigeninitiative der Flüchtlinge wieder hervorzuholen. Ein Austausch auf Augenhöhe über Schwierigkeiten oder Erfolge mindert das Gefühl der Einsamkeit und die Angst, mit den Behörden allein gelassen zu werden. Das BBZ bietet Jugendlichen und jungen Erwachsenen dafür ein Forum. Im Laufe der Zeit entwickelt sich bei den Jugendlichen ein Gemeinschaftsgefühl, so dass sie sich gegenseitig unterstützen, Erfahrungen austauschen und sich bei Behördengängen begleiten.

2005 haben sich die *Jugendlichen ohne Grenzen* (JOG) im BBZ gegründet, ein Zusammenschluss von jungen Flüchtlingen, die politische Forderungen erheben und für ihre Rechte in Deutschland eintreten. Ihr gemeinsames Ziel ist die Gleichberechtigung in der Mehrheitsgesellschaft. Der Flüchtlingsrat Berlin hat die Selbstorganisation der Jugendlichen von Beginn an organisatorisch, finanziell, politisch und mit seiner Fachkompetenz unterstützt.

Die bei JOG zusammengeschlossenen Flüchtlinge haben unzählige Gespräche mit Abgeordneten des Bundestags und der Landesparlamente, Kirchen und UNHCR, Innenministern und Staatssekretären geführt. Sie haben mit Unterstützung des BBZ, des GRIPS Theaters und des Flüchtlingsrates JOG zu einem bundesweiten Netzwerk aufgebaut, haben Demonstrationen und Flüchtlingskonferenzen am Ort der Innenministerkonferenzen organisiert. Sie haben die Kampagnen *Hier geblieben!* und *SOS for Human Rights* gestartet, und das - für viele allerdings noch nicht endgültig gesicherte - Bleiberecht für bis zu 60.000 geduldete Flüchtlinge bundesweit erkämpft.

Taybet Bilkay von *Jugendliche ohne Grenzen* bei Bleiberechts-Demonstration am 1. Juni 2007

Die Menschen, die selbst betroffen sind, können am besten über ihre Bedürfnisse, Forderungen und Standpunkte sprechen. Sie müssen gehört werden. Die Aufgabe des Flüchtlingsrats und des BBZ ist es, ihnen eine Plattform zu geben und sie zu motivieren, den Kampf um gleiche Rechte nicht aufzugeben. Denn der Kampf ist zäh und in dieser Gesellschaft nicht leicht zu gewinnen.

Das BBZ steht hinter den Menschen, die in die Beratung kommen, und an ihrer Seite. Und wenn es nötig ist, stehen wir auch vor ihnen. Dahinter steckt keine Ideologie und kein Projektantrag, sondern ein menschliches Verständnis für die Situationen von Geflüchteten, das wir aus eigenen Erfahrungen heraus entwickelt haben.

Walid Chahrour ist Leiter des Beratungs- und Betreuungszentrums für junge Flüchtlinge und MigrantInnen BBZ und Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrats Berlin e.V.

„Weil wir Gottes Gebot ernst nehmen, den "Fremdling" aufzunehmen, unterstützen wir den Flüchtlingsrat in seinem Einsatz für Bleiberecht und Menschenrecht - Wir brauchen Euch!"

Dr. Ulrich Schöntube, Direktor der Gossner Mission

Grußworte

Klaus Wowereit
Regierender Bürgermeister von Berlin

Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen befanden sich Ende 2010 weltweit rund 43,7 Millionen Menschen auf der Flucht. Das ist der höchste Stand seit mehr als 15 Jahren. Erschütternd sind dabei nicht nur die Bilder, die uns vom Elend der Flüchtlinge in Ostafrika erreichen, sondern auch die vielen Schicksale, die von der Weltöffentlichkeit zu wenig wahrgenommen werden.

Flucht und Vertreibung haben viele Ursachen, die nach einer konsequenten Bekämpfung verlangen. Ebenso wichtig ist es jedoch, jene Menschen zu unterstützen, die etwa in unserer Stadt bereits Zuflucht gefunden haben.

Der Flüchtlingsrat Berlin setzt sich seit nun schon 30 Jahren für die Interessen der in unserer Stadt lebenden Flüchtlinge ein. Unter dem Motto „Menschenrechte kennen keine Grenzen“ steht er dabei nicht nur den betroffenen Menschen mit Rat und Tat zu Seite – er verteidigt ihre Rechte auch nach außen und versucht, die Öffentlichkeit für die Sorgen und Probleme von Flüchtlingen zu sensibilisieren.

So ist der Jahrestag der Gründung des Flüchtlingsrates Berlin zwar kein Grund zur Freude, weist er uns doch auf ein andauerndes humanitäres Problem von Millionen Menschen weltweit hin. Sehr wohl aber ist das Jubiläum ein Grund zur Dankbarkeit gegenüber all jenen, die sich seit 30 Jahren für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen einsetzen und eine Lobby für sie aufgebaut haben, die Gehör findet und schon viel zugunsten der Betroffenen bewirken konnte.

In diesem Sinne gratuliere ich dem Flüchtlingsrat Berlin sowie all seinen Mitgliedern herzlich zum 30-jährigen Bestehen und wünsche weiterhin sehr viel Erfolg.

Dr. Markus Dröge
Bischof der Evangelischen Kirche
Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

„Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen“

Der Flüchtlingsrat Berlin ist ein Bündnis für Menschen, die fast alles im Leben verloren haben, sogar ihre Heimat. Und zu Fremden in der Fremde wurden. Menschen, die wenig bis keine Rechte haben, die sich Diskriminierungen ausgesetzt sehen und die heute nicht sicher wissen, ob sie morgen noch hier leben dürfen. Der Flüchtlingsrat Berlin ist wie ein Sprachrohr für diese Menschen, damit sie gehört werden in Kirche, Gesellschaft und Politik. Ich begegne Ihrer Arbeit und auch Ihrem Durchhaltevermögen mit Hochachtung und großem Respekt. Und ich wünsche Ihnen Kraft, Hoffnung und Gottes Segen für Ihre weitere Arbeit. Damit Menschen, die bei uns nach Hilfe suchen, vielleicht einmal sagen können: „Ich bin ein Fremder gewesen und ihr habt mich aufgenommen.“ (Mt 25,35)

Ihr

Fluchtursachen, Globale Bewegungsfreiheit und die Logik der „zivilisierten“ Gesellschaft

Von Jugendliche ohne Grenzen

Fluchtursachen

Die Verhältnisse, die Menschen veranlassen, ihren angestammten Lebensraum zu verlassen, um ihre Lebenssituation durch Flucht in ein anderes Land oder eine andere Region erträglicher zu machen, sind vielfältig. Neben der fehlenden globalen Verteilungsungerechtigkeit sind es Naturkatastrophen, Kriege und Konflikte um Ressourcen, die ihre Lebensgrundlage zerstören und sie zur Flucht zwingen. Führen wir uns einmal folgende Fakten vor Augen: Obwohl die Weltwirtschaft in den letzten 60 Jahren um das Siebenfache gewachsen ist, profitieren davon immer weniger Menschen. Schaut man sich die Verteilung des Einkommens auf der Welt an, so stellt man mit Erschrecken fest: drei Milliarden Menschen – das sind drei Siebentel, also bald die Hälfte der Erdbevölkerung – verdienen weniger als die 400 reichsten Familien.

Es waren die Kolonialmächte, die die Voraussetzungen für die Abhängigkeit vieler Staaten von den großen, den Weltmarkt beherrschenden Konzernen schufen. Seit den Hoch-Zeiten des Kolonialismus hat sich an diesem Zusammenhang wenig geändert: Korrupte Eliten nutzen ihre Macht zur persönlichen Bereicherung und verdienen am Rohstoffexport und der Vergabe von Konzessionen. Sie bedienen die Interessen des Westens und nehmen in Kauf, dass die eigene Bevölkerung auf dramatische Weise verarmt.

Einige Beispiele für die Fluchtursachen:

1. Die Fischereiflotten der Europäischen Union kaufen Konzessionen, die ihnen erlauben, die Küsten Westafrikas leer zu fischen. Damit berauben sie die dort lebenden Menschen ihrer Existenzgrundlage. Viele der lokalen Fischer sehen den einzigen Ausweg darin, sich mit ihren Booten als Schlepper zu verdingen und so ihr Überleben zu sichern. Oder sie veräußern gleich ihre Boote, um sich einen Schlepper leisten zu können, der sie selbst nach Europa bringt. Zehntausende Menschen haben sich in den letzten Jahren mit solchen Booten von Westafrika auf den Weg nach Europa gemacht.

2. Einen ähnlichen Effekt haben die milliardenschweren Agrarsubventionen der Industrieländer auf die Produktion in den Entwicklungsländern. Während die reichsten Länder der Erde die Öffnung der Märkte propagieren, schützen sie heimische Agrarerzeugnisse mit Produktions- und Exportsubventionen. Die Folge dieser neoliberalen Politik ist, dass die lokalen Bauern, Fischer und Tierzüchter auf dem „freien Markt" nicht mithalten können. Sie müssen ihre Betriebe schließen und werden arbeitslos. Eine Eskalationsspirale der Armut, die Menschen dazu drängt auszuwandern.

3. Ein weiteres Beispiel sind die weltweiten Kriege, an denen der Westen unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. Der Feldzug der „zivilisierten Welt" gegen die „Achse des Bösen", darunter der Krieg der *coalition of the willing* gegen den Irak, hat nach Aussagen des Direktors des UN-Flüchtlingshilfswerkes (UNHCR), Antonio Guterres, „… die weltweit größte Flüchtlingskatastrophe seit dem Jahr 1948" ausgelöst[1]. Die Folgen waren und sind zwei Millionen Binnenflüchtlinge und etwa 1,5 Millionen Flüchtlinge, die vor allem in den Nachbarländern Jordanien und Syrien Zuflucht fanden. Und wie viele Flüchtlinge haben dagegen die westlichen Staaten aufgenommen? 2009/2010 hat Deutschland 2.500 irakische Flüchtlinge über das Resettlement-Programm des UNHCR aufgenommen.

Ziehen wir eine kurze Zwischenbilanz:

Mit ihrem Lebensstil und Lebensstandard nehmen die Bevölkerungen der westlichen Staaten in Kauf, dass Menschen anderswo aufgrund einer ungleichen Verteilung des Wohlstands Not leiden und sterben müssen. Es sind überwiegend die industrialisierten Nationen, die Luxusartikel, z.B. Blutdiamanten, konsumieren und Unmengen an Energie und Wasser verbrauchen – ohne dabei im Mindesten zu bedenken, dass anderen dann weniger davon übrig bleibt. Zur Durchsetzung ihrer Interessen sind sie bereit, Kriege zu führen und zu unterstützen. Konsequenzen dieses Lebensstils sind Vertreibung, Mangelernährung und Armut.

Und die großzügigen „humanitären Gesten" der „zivilisierten" Welt gegenüber Flüchtlingen? Während arme Länder wie Pakistan, Syrien und Tansania Millionen von Flüchtlingen aufnehmen und unter den Belastungen zu kollabieren drohen, verbreitet sich in Europa ein Gespenst, das es abzuwehren gilt: Flüchtlingsströme nach Europa.

Die Fluchtbewegungen nach Europa, die mit dem „arabischen Frühling" einsetzten und ihren Höhepunkt in der Auseinandersetzung im Libyenkrieg fanden, dauern an. Die Berichterstattung darüber ist teilweise offen rassistisch. Es wird immer wieder von „Flüchtlingsströmen" berichtet, Berlusconi imaginiert sogar einen „menschlichen Tsunami" - als ob Europa kurz davor stünde, darin zu ertrinken.

Ganz schnell wurde vergessen, dass der nunmehr böse Gaddafi nicht nur von dem ebenso korrupten Berlusconi, sondern auch von Sarkozy und der EU einst zum Partner hochgelobt wurde. Es war des „großen Ottos" (Schily) scharfsinnige Idee, Aufnahmelager für Flüchtlinge in Libyen einzurichten, um deren Einreise nach Europa zu verhindern. Solange Gaddafi mit der EU kooperierte und die Öllieferungen sicher waren, galt er, um Altkanzler Schröder zu zitieren, als „lupenreiner Demokrat". Heute ist er wieder ein Diktator.

„Der Flüchtlingsrat Berlin ist … das Urgestein der Solidaritätsarbeit mit Flüchtlingen in Deutschland. Lange bevor Berlin deutsche Hauptstadt wurde, war Berlin schon Hauptstadt der Solidarität mit Flüchtlingen in Deutschland."

Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL

Globale Bewegungsfreiheit

Die sogenannten aufgeklärten und zivilisierten Gesellschaften des Westens basieren auf Werten wie Würde, Freiheit und – zumindest formaler – Gleichheit. Seit aber die Freiheit in Gestalt der freien Weltordnung der höchste Wert ist, muss „um der Freiheit willen" Krieg geführt werden. Wie zuletzt in Afghanistan, wo am Hindukusch nicht nur die Freiheit Deutschlands verteidigt wird, sondern es auch „die unterdrückten Frauen und Kinder zu befreien" gilt.

Zu Freiheit gehört Bewegungsfreiheit, also die Freiheit, sich überallhin frei bewegen zu können. Das Paradoxe ist, dass es dabei keine Gleichheit gibt. Denn Bewegungsfreiheit haben faktisch nur einige wenige Privilegierte. Mit einem Pass aus einem europäischen Land, den USA, Kanada oder Japan bspw. kann mensch fast überall ohne nennenswerte Schwierigkeiten hinreisen. Wer aus Bangladesch, Vietnam, Äthiopien, Senegal oder der Elfenbeinküste kommt, kann dagegen nur davon träumen, nach Europa zu reisen. Diese Ungleichheit hat zur Folge, dass Menschen versuchen, auf "nicht-legalen" Wegen nach Europa zu gelangen. Mit überfüllten Booten, auf dem Landweg oder zu Fuß starten sie den „Angriff" auf die Bastion, das Paradies Europa. Dafür nehmen sie den Tod in Kauf. Und tatsächlich verlieren Tausende von ihnen auf dem Weg nach Europa ihr Leben. Nicht zuletzt aufgrund der unrühmlichen Rolle, die die europäische Grenzschutzagentur Frontex spielt. Frontex-MitarbeiterInnen fangen Menschen auf offener See ab und drängen sie zurück, nicht selten in den Tod. Wenn es um die Verteidigung der Festung Europa und ihres Wohlstandes geht, scheinen die Werte Würde, Freiheit oder Rechtsstaatlichkeit nicht mehr zu gelten.

Mit der Globalisierung hat eine neue Epoche begonnen. Nicht nur die Menschen westlicher Herkunft können frei durch die Welt reisen, sondern vor allem auch das Kapital und die Güter. Die Märkte werden liberalisiert, Handelshemmnisse abgebaut. Mit dem Prinzip des „good governance" stellen Weltbank und IMF Hand in Hand mit Diktatoren die Infrastruktur für den problemlosen Fluss von Kapital und Gütern sicher. Es ist unvorstellbar für Menschen der westlichen Welt, nicht nach Lust und Laune reisen zu können. Genauso unvorstellbar, dass kapitalistische Unternehmen wie Adidas, Nike und co. ihre Waren nicht in Vietnam, Indien oder Indonesien produzieren und dabei Kinder und Frauen ausbeuten.

So scheint es selbstverständlich, dass Menschen aus dem Westen überall Urlaub machen können; sich auf Abenteuer begeben, um irgendwo weit weg ein neues Leben anzufangen; nach besserer Arbeit und mehr Wohlstand streben – dass damit sogar im Fernsehen Entertainment gemacht wird. Das Auswandern wird als Tugend und Großtat des mutigen, tapferen und fleißigen westlichen Subjekts gepriesen.

Für den umgekehrten Fall hingegen gibt es kaum Verständnis. Es ist furchtbar, empörend, bedrohlich, wenn Menschen aus dem Osten oder Süden, mit einer anderen Kultur, einem anderen Glauben oder einer anderen Haar- und Hautfarbe nach Europa kommen wollen, weil sie sich ein besseres Leben und mehr Freiheit erhoffen. Hierin zeigt sich die Arroganz und Dominanz des Westens, das Weißsein eben. Im Mittelpunkt steht das überlegene westliche Subjekt. Es entscheidet, was legitim ist und was nicht; welche Werte gelten und welche nicht; welche Motive gut sind und welche schlecht. Das westliche Subjekt sieht sich hierarchisch übergeordnet, konstruiert sich als aufgeklärt, zivilisiert und human. Die auf der anderen Seite werden stets abwertend markiert und zum Objekt degradiert: *the West and the Rest*.

Und dieses überlegene westliche Subjekt hat überwiegend keine Schwierigkeiten damit, Flüchtlinge und MigrantenInnen – Menschen auf dem Weg nach Europa – aufzuhalten, zu verurteilen, zu kritisieren, ihnen ihre Würde zu nehmen und mit blankem Rassismus zu begegnen. Es hält nicht nur die Präsenz von Flüchtlingen und MigrantInnen für illegitim, sondern auch schon ihre Forderungen nach Gleichheit,

Demonstration auf der Glienicker Brücke, 22. April 2006

Würde und Freiheit. Erst vor diesem Hintergrund werden die ausgrenzenden, unwürdigen und diskriminierenden Sonderregelungen für Flüchtlinge, MigrantInnen und Menschen mit Migrationsgrund im Sozial-, Arbeits- oder Bildungsrecht verständlich.

Fazit

Die Gründe und Ursachen für die weltweite Ungleichheit und die daraus folgenden Fluchtbewegungen sind komplexer und vielschichtiger, als diese kleine Zusammenfassung beschreiben kann. Die meisten Menschen betrachten allein die Gegenwart, das Hier und Jetzt, und fällen von diesem Standpunkt aus ihr Urteil über Gut oder Schlecht, Legitim oder Illegitim. So lässt sich aber dem Phänomen Flucht und Migration nicht beikommen. Die komplexen Hintergründe von Fluchtursachen können nur verstanden werden, wenn wir in die Zeit des Kolonialismus zurückblicken und die Folgen der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht außer Acht lassen. Es geht um den Wohlstand in der westlichen Welt, an dem auch die anderen teilhaben wollen. Nun ist aufgrund der Endlichkeit der Ressourcen Wohlstand westlicher Art für alle Menschen nicht möglich. Das heißt jedoch keineswegs, dass wir anderen den Zugang dazu und die Teilhabe daran verweigern dürfen. Vielmehr müssen wir den vorhandenen Reichtum anders verteilen. Verteilungsgerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit im materiellen Sinne sind Werte, die Würde und Freiheit in nichts nachstehen. Zur Gerechtigkeit gehört auch, den Menschen das zurückzugeben, was ihnen geraubt wurde. Wenn wir das schaffen, wird auch kaum jemand mehr auf die Idee kommen, nach Europa zu fliehen. Wir brauchten dann keine Grenzen, keinen Grenzschutz und kein Grenzregime. Die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit wäre dann weniger drängend als heute, wenn auch nicht entbehrlich.

Wir *Jugendliche ohne Grenzen* wissen, dass wir allein eine gerechtere Welt nicht schaffen können. Wir wollen aber mit Unterstützung und in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Berlin einen Grundstein für ein Umdenken legen. Wir wollen, dass wieder über Fluchtursachen gesprochen und diskutiert wird; dass möglichst viele über den Tellerrand hinaus schauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen hier die Gründe und Ursachen von Flucht und Migration verstehen, dass sie das Streben nach Glück, Wohlstand und Freiheit nicht nur für sich für selbstverständlich halten, sondern in gleicher Weise auch für andere. Das ist ein erstes Etappenziel. Unser Anspruch ist aber, die Welt zu verändern. Eine Utopie? Vielleicht. Aber, wie war das doch gleich: „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche!“

1) Raßhofer, Veit: Chaos im Zweistromland. In: Der Schlepper. Quartalsmagazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein, Herbst 2007, Nr. 40/41, S. 36ff.

„Der Flüchtlingsrat kann auch in Zukunft mit der Unterstützung und Solidarität der LINKEN. bei dem Kampf um gleiche Rechte für alle, der Durchsetzung von Menschenrechten und dem grundgesetzlich verankerten Gebot der Menschenwürde unabhängig der (sozialen) Herkunft und dem Einsatz für ein gutes Leben für alle Menschen, die hier leben, rechnen."

Sevim Dağdelen (MdB), Migrationspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

SOS for Human Rights

Appell der Jugendlichen ohne Grenzen

Dieser Appell ist Teil der Kampagne *SOS for Human Rights*, die von der bundesweiten Flüchtlingsinitiative *Jugendliche ohne Grenzen* sowie von GRIPS Theater Berlin, Flüchtlingsrat Berlin, Flüchtlingsrat Brandenburg, Borderline Europe, PRO ASYL, GEW und Beratungsstelle für junge Flüchtlinge BBZ – WeGe ins Leben e.V. getragen wird.

Appell an die Politikerinnen und Politiker in der EU – in den Dörfern, den Städten, den Regionen und den Ländern der Europäischen Union sowie im EU Parlament

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind Kinder und Jugendliche dieser Welt. Auch wenn wir alle unterschiedlich sind, leben wir zusammen auf dieser Erde. Deshalb wollen wir uns gemeinsam mit Ihnen für eine bessere Welt für alle Menschen einsetzen: Für eine Welt, in der sich alle willkommen und ohne Angst zu Hause fühlen können und dürfen! Für eine Welt ohne Rassismus, in der sich alle frei bewegen dürfen und kein Mensch auf Grund von Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Religion oder Herkunft ausgegrenzt, bekämpft, abgeschoben, bestraft oder diskriminiert wird.

Menschenrechte kennen keine Grenzen!

Doch leider müssen wir feststellen, dass die Kinder und Menschenrechte der UN in der Europäischen Union nicht vollständig umgesetzt werden. Es macht in den Ländern Europas vor dem Gesetz einen Unterschied, welchen Pass man besitzt. Es gibt tödliche Grenzsicherungsprogramme und tödliche Grenzanlagen. Die Bewegungsfreiheit für Nicht-Europäer ist stark eingeschränkt. Menschen werden gegen ihren Willen und ohne, dass sie Gesetze, die für Europäer gelten, verletzt haben, in Lager und Gefängnisse gesperrt sowie abgeschoben oder deportiert.

Wir nennen das eine Zwei-Klassen-Demokratie in Europa, in der durch staatliche Gewalt und Rassismus die Kinder- und Menschenrechte missachtet werden und in der es an Respekt vor dem Menschen mangelt.

Wir stellen fest, dass Europa einen unerklärten Krieg gegen Menschen auf der Flucht führt.

Ihr nennt uns die Zukunft, wir sind aber auch die Gegenwart und deshalb fordern wir für die Zukunft und für die Gegenwart:

Gleiche Rechte für jeden Menschen!

Sichern Sie nicht Europas Grenzen vor den Flüchtlingen, sondern schützen Sie deren Leben. Menschenrechte gelten auch auf hoher See!

Beenden Sie die menschenrechtswidrigen Einsätze der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex und stoppen Sie die Zurückweisungen von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen.

Helfen Sie aktiv, die Menschen zu retten, die auf dem Weg nach Europa sind, und lassen Sie das Mittelmeer und den Atlantik nicht zu einem noch größeren Massengrab werden. Unterstützen Sie Lebensretter, wie z.B. die tunesischen Fischer, die Flüchtlinge gerettet haben, statt diese anzuklagen.

Öffnen Sie die Grenzen Europas für Flüchtlinge und halten Sie Fluchtwege aus Krisengebieten offen. Setzen Sie sich darüber hinaus für das globale Recht auf Bewegungsfreiheit ein. Alle Menschen sollen das Recht haben, an dem Ort und in dem Land ihrer Wahl zu leben!

Beenden Sie den unerklärten Krieg der EU gegen die Flüchtlinge und MigrantInnen!

Schaffen Sie, wie in den UN-MILLENIUMSZIELEN von 189 Regierungschefs versprochen, endlich eine globale Partnerschaft, indem Sie die Länder des Südens massiv unterstützen und nicht zulassen, dass diese weiter ausgebeutet werden.

„Der Flüchtlingsrat Berlin ist seit langem ein zentraler Akteur in der bundesweiten Flüchtlingsarbeit. Was ihn kennzeichnet, ist seine Mischung aus Engagement, Kompetenz und Hartnäckigkeit!“

Harald Löhlein, Leiter der Abteilung Migration und internationale Kooperation des Paritätischen – Gesamtverband

Szene aus dem Theaterstück *SOS for Human Rights*, GRIPS Theater

In Europa selber fordern wir von Ihnen:

Kriminalisieren Sie weder die Flüchtlinge selber, noch die Menschen, die ihnen helfen. Schaffen Sie Gesetze, die die Diskriminierung der geduldeten Flüchtlinge beenden, und gewähren Sie den „Menschen ohne Papiere“ zumindest und ohne die Gefahr der Abschiebung den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung sowie grundlegende Rechte bei Beschäftigung!

Klären Sie Behörden, Polizei und Militär über Rassismus auf.

Setzen Sie sich für einen respektvollen Umgang miteinander ein.

Schaffen Sie eine Grundlage für das Zusammenleben und richten Sie auch für Erwachsene bezahlbare Sprach- und Bildungsangebote ein, die unabhängig vom Aufenthaltsstatus sind.

Erlauben Sie den Menschen, für sich selber zu sorgen, und geben Sie ihnen eine Perspektive, indem sie arbeiten dürfen sowie ihre Kinder zur Schule gehen und einen Beruf erlernen lassen. Schaffen Sie Bildungsgerechtigkeit in Europa.

Beseitigen Sie in Europa die Lagerunterbringung, die Abschiebegefängnisse, die Abschiebungen, die Essenspakete, die Lebensmittelgutscheine und die Familientrennung.

Schaffen Sie europaweite Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge.

Erlauben Sie abgeschobenen Menschen, denen Europa zur Heimat geworden ist, zurückzukehren.

Machen Sie mit! Unterstützen Sie unsere Forderungen!

SOS heißt helfen und nicht wegschauen! Setzen Sie sich mit uns aktiv für die Kinder- und Menschenrechte auf der Welt und in Europa ein!

Mit freundlichen Grüßen
Jugendliche ohne Grenzen

Unterstützen Sie diesen Appell mit Ihrer Unterschrift auf www.sos-for-human-rights.de

Die Grenzen Europas

Die Reaktion der Europäischen Union auf die demokratischen Revolutionen in Nordafrika

Von Miriam Edding

„Mit dem Sturz von Ben Ali befreite sich nicht nur eine ganze Gesellschaft, sondern hörte auch die europäische Grenze im Mittelmeer für einen Moment auf zu existieren. Die europäische Politik der Externalisierung der Grenze verlor einen ihrer autokratischen Partner, auf den sie zur Umsetzung dieser Politik angewiesen war.“[1]

Die Revolution in Tunesien beendete die Herrschaft des Präsidenten Ben Ali und seiner Partei RCD, die in 23 Jahren an der Macht einen der effektivsten Polizeistaaten Nordafrikas aufgebaut hatten.
Sie wirkte als Katalysator für den Wunsch nach tief greifender Veränderung im ganzen arabischen Raum. Im Februar, kurz nach dem Sturz Ben Alis, schrieb ein marokkanischer Aktivist: „Seit die Proteste in Tunesien begonnen haben, halten wir alle – Demokraten, Jugendliche, Vertreter von Menschenrechtsorganisationen – den Atem an. Auch wir leben in einer Diktatur, auch bei uns reißen sich fünf Prozent der Bevölkerung die Reichtümer des Landes unter den Nagel. Auch wir wollen unsere Rechte und wir wollen in Würde leben können.
Die Tunesier leben nicht auf dem Mars, sie leben hier, direkt neben uns, sie sind unsere Nachbarn!“ [2]

Für kurze Zeit fragte sich auch Europa beschämt nach der eigenen Verantwortung für die Langlebigkeit der kleptokratischen und autoritären Herrschaftscliquen. So bemerkte der EU-Kommissar für Erweiterung und europäische Nachbarschaftspolitik, Stefan Fuele, in einer bemerkenswert selbstkritischen Rede Ende Februar: „Die Massen in den Straßen von Tunis, Kairo und anderswo haben im Geiste unserer gemeinsamen Werte gekämpft. Mit ihnen müssen wir heute zusammen arbeiten und nicht mit Diktatoren, die unter der Missachtung von Menschenleben das Blut ihrer eigenen Leute vergießen.“ [3] Jahrelang waren den Regierenden in Europa das Versprechen von Kooperation im „Krieg gegen den Terror“, verlässliche Bündnispartner bei der Etablierung neoliberaler Wirtschaftsbeziehungen und die Zusicherung des ungehinderten Zugriffs auf die Erdölreserven ungleich wichtiger als Demokratie und Menschenrechte. Weiterhin wurde die mit Zuckerbrot und Peitsche durchgesetzte Kooperation bei der Abwehr von MigrantInnen in den letzten Jahren zu einer der zentralen Interessensphären der EU in Bezug auf seine nordafrikanischen Nachbarn.

Lieber Schengen in Frage stellen als Solidarität zeigen?

Doch der mit vielen Toten bezahlte Versuch der Demokratisierung auf der einen Seite des Mittelmeers erfährt nach der kurzen Phase kritischer Selbstreflexion keine solidarische Antwort auf der europäischen Seite. Besonders deutlich werden die alten, nur von eigenen Interessen geleiteten Reflexe beim Thema Migration: Die Flucht von circa 35.000 jungen Tunesiern nach Lampedusa kurz nach dem Fall der Ben Ali-Diktatur löste einen beispiellosen Konflikt aus – erst zwischen Italien und Frankreich, dann innerhalb der gesamten EU. Italien reagierte auf die Ankunft der Tunesier mit einer Art Trick, um das Dublin II-Regelwerk zu umgehen, das die Zuständigkeit für das Asylverfahren innerhalb der EU regelt und faktisch die Aufnahme von Flüchtlingen den Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen aufbürdet. Es stellte den Tunesiern Visa aus, die diese zu einem Großteil nutzten, um nach Frankreich weiterzureisen. Frankreich wiederum schloss daraufhin kurzfristig seine Grenze nach Italien. Die Flucht einer überschaubaren Zahl von tunesischen Jugendlichen nahm die rechtspopulistische Dänische Volkspartei zum Anlass, um ihre Forderung nach Wiedereinführung von

Grenzkontrollen durchzusetzen. Dänemark handelte sich damit einen veritablen Streit mit der EU-Kommission ein. Die Abschaffung der innereuropäischen Grenzen ist ein Grundpfeiler des europäischen Einigungsprozesses und die Infragestellung des Schengenabkommens durch die xenophoben Reaktionen einiger Mitgliedstaaten daher keine Kleinigkeit.

Sie berührt das Fundament des europäischen Selbstverständnisses. Nach dem Motto „lieber Schengen in Frage stellen als Solidarität zeigen“ werden von rechtspopulistischen Parteien bis weit in das konservative Spektrum hinein zunehmend EU-Ressentiments und rassistische Tendenzen in der Bevölkerung gemeinsam bedient und verstärkt. Das Unbehagen an den vielfältigen Auswirkungen der Globalisierung und den neoliberalen sozialen Verwerfungen wird wieder einmal, aber in bisher unbekannt autodestruktiver Weise, über nationalistische Reflexe gegenüber MigrantInnen kanalisiert.

Statt des notwendigen Bruchs mit der alten Politik, autokratische Herrscher gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung mit viel Geld zu Wachhunden der EU-Grenzen aufzurüsten, reagierte die EU mit einer Verschärfung des Grenzregimes. Auf den Verlust seiner Verbündeten bei der Abschottung der Außengrenzen antwortete Europa also mit der Infragestellung einer zentralen europäischen Errungenschaft: dem Wegfall der EU-Binnengrenzen.

Die Militarisierung der Außengrenze bleibt bestehen

In der gleichen Logik war die Reinstallation des alten Wachhundsystems eine der ersten Maßnahmen, mit denen einzelne europäische Staaten sowie etliche EU-Gremien auf die Revolutionen reagierten. Die Operation Hermes der europäischen Grenzschutzagentur Frontex ist schon seit Ende Februar 2011 vor Tunesiens Küsten aktiv, um die durch den Wegfall der Ben Ali-Polizei entstandene Lücke bei der Grenzkontrolle zu schließen. Anfang April meldete sich der Generaldirektor von Frontex, Ilkka Laitinen, zu Wort und forderte ein informelles Arbeitsabkommen mit Tunesien, um Grenzkontrollen und Rückführungen zu erleichtern.

Laitinens Wunsch fand rasch Gehör; am 24. Mai erhielt Frontex das Mandat, nicht nur mit Tunesien, sondern auch mit Ägypten und Marokko ein Arbeitsabkommen zu schließen. In diesem Abkommen soll es um einen strategischen Informationsaustausch, um die Erstellung von Risikoanalysen und um die Kooperation in den Bereichen Fortbildung, Forschung und Entwicklung bei der Verhinderung von Migration gehen.

Auf dem EU-Gipfel Ende Juni legten die europäischen Regierungen noch einmal nach, um Frontex bei der Abwehr von MigrantInnen effektiver zu machen: Frontex soll seine „operativen Kapazitäten“ steigern und kann nun auch eigene Technik anschaffen, statt sie wie bisher von den nationalen Regierungen anzufordern. Die Mitarbeiterzahl von Frontex, die bisher circa 300 Beschäftigte in der Zentrale in Warschau betrug, mit zusätzlichen nationalen Grenzbeamten bei Einsätzen, wird erhöht. Die Datenschutzbestimmungen wurden dahingehend geändert, dass die Agentur in Zukunft das erste Mal Daten weitergeben darf, z.B. an Europol. Kritische Mitglieder des EU-Parlaments konnten zwar erreichen, dass der Posten eines Menschenrechtsbeauftragten eingeführt wird, anders als von ihnen gefordert wird dies aber kein unabhängiger, externer Posten sein, sondern er wird innerhalb der Agentur angesiedelt – also eine Feigenblattfunktion erfüllen.

Die wichtigste Neuerung ist allerdings, dass eine

wesentliche Zielvorgabe verändert wurde: Frontex soll sich von einer koordinierenden Institution, die von Mitgliedstaaten angefordert wird und deren „Bemühungen“ mit „Intelligence“ (also Wissensproduktion über z.B. Migrationsrouten) und technischer Hilfe unterstützt, hin zu einer führenden und selbstständig agierenden Agentur entwickeln.

Dies war sicherlich zum Teil auch schon bisher der Fall. Aber die Neuerung, dass Frontex nun offiziell den Mitgliedstaaten Einsätze vorschlagen kann und nicht erst tätig werden darf, wenn ein Staat seine Hilfe anfordert, zeigt die Richtung, in die sich die Agentur entwickeln will und soll: Hin zu einer zwar staatlich beauftragten aber faktisch eigenständig agierenden und noch weniger als bisher durch Parlamente kontrollierbaren Superagentur, die – wie schon erwähnt – auch eigenständig Verhandlungen mit nicht-europäischen Regierungen führen kann.

Hetzerischen Diskursen folgen rechtswidrige Taten – die Rolle Italiens

Italien eröffnete den Reigen von Regierungen, die in Tunesien vorstellig wurden, um für die Wiedereinsetzung der alten Ordnung zu sorgen. Allerdings stießen der italienische Innenminister Maroni – der wegen der Tunesien-Flüchtlinge vor italienischer und europäischer Presse das Bild von einem „Exodus biblischen Ausmaßes“ an die Wand malte - und sein Außenministerkollege Frattini bei ihrem ersten Besuch nicht auf dieselben willigen Partner wie zuvor. Die tunesische Übergangsregierung verhandelte hart und erreichte immerhin eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis für die ersten 25.000 Tunesier, die über Lampedusa nach Italien gelangt waren. Sie weigerte sich, der Entsendung italienischer Patrouillenschiffe in tunesische Hoheitsgewässer zuzustimmen. Erst nach dem Besuch von Berlusconi persönlich musste Tunesien im April einlenken und die von der Bevölkerung gehassten Kontrollen seiner Küsten wieder herstellen. Italien stellte dafür 100 Millionen Euro sowie vier Küstenschiffe und Fahrzeuge zur Grenzkontrolle zur Verfügung. Als Gegenleistung wurden Wiederaufbaukredite in Höhe von 150 Millionen Euro in Aussicht gestellt.

In Tunesien ist *off the records* zu hören, dass auch dieses Abkommen nur zu Stande kam, da Italien in Missachtung der Rechte eines souveränen Staates Hubschrauber entlang der tunesischen Küsten fliegen ließ, die mit Kameras Aufnahmen von den Booten der Flüchtenden machte und mit diesem Beweis

über die völlige Abwesenheit von Grenzkontrollen die tunesische Regierung unter Druck setzte. „Wir müssen realistisch sein: Wenn Italien einen Streit mit Frankreich riskiert, um die Flüchtlinge aus Tunesien loszuwerden – welche Chancen haben wir da? Die Machtverhältnisse sind ziemlich eindeutig“, kommentierte der Migrationsforscher Mehdi Mabrouk das Verhandlungsergebnis.[4] Auch mit dem libyschen Übergangsrat hat Italien am 17. Juni 2011 ein Abkommen zur Verhinderung illegaler Migration geschlossen. Innenminister Maroni wollte sogar erreichen, dass Natokriegsschiffe die Boote der Flüchtlinge kontrollieren sollen – eine Forderung, die von der NATO zwar indigniert zurückgewiesen wurde, aber das Weltbild nicht nur einiger italienischer Politiker gut auf den Punkt bringt: Flüchtlinge sind als quasi feindliche Heere zu betrachten, die mit militärischen Mitteln bekämpft und zurückgeschlagen werden müssen.

Europa an seinen Grenzen?

Nach dem Streit zwischen Frankreich und Italien starteten Berlusconi und Sarkozy eine gemeinsame Initiative, um die Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen innerhalb der EU unter bestimmten Bedingungen zu ermöglichen. Statt das seit längerem in der Kritik stehende Dublin II-Abkommen in Frage zu stellen, das die Aufnahme von Flüchtlingen überwiegend an die Länder mit EU-Außengrenzen delegiert, beschloss der Europäische Rat auf dem EU-Gipfel am 23. Juni, die zeitweilige Wiedereinführung von Grenzkontrollen in Notsituationen zuzulassen. Dies war zwar auch bisher schon möglich – zum Beispiel bei Fußballspielen oder Regierungsgipfeln, um Hooligans oder DemonstrantInnen zurückzuweisen, die Ausnahmeregeln wurden nun aber explizit auf „starken Migrationsdruck“ erweitert.

Die Unangemessenheit der europäischen Reaktion wird angesichts der Zahl der Menschen, die im Zuge der Umbrüche im arabischen Raum ihre Länder verlassen mussten oder wollten, besonders deutlich. Der Krieg in Libyen und die Nato-Intervention haben die Situation extrem verschärft, insgesamt sind laut Schätzungen mehr als eine Million Menschen auf der Flucht aus Libyen. Allein eine halbe Million davon nach Tunesien. Das kleine Land mit nur 10 Millionen Einwohnern ist damit zum Hauptaufnahmeland geworden.

Die tunesische Bevölkerung hat auf die Flüchtlinge aus dem Nachbarland Libyen mit einer für hiesige Verhältnisse unvorstellbaren Solidarität reagiert. Seit dem Ausbruch der Kämpfe in Libyen hat Tunesien die Grenze immer offen gehalten und tunesische Familien haben einen Großteil der libyschen Flüchtlinge in ihren eigenen Häusern untergebracht und gastfreundlich aufgenommen. Diese enorme Gastfreundschaft bezieht sich zwar nur auf die libyschen „Brüder und Schwestern“, die jenseits nationalstaatlicher Zuschreibungen quasi als Verwandte wahrgenommen werden und gleichzeitig viel Solidarität erfahren, weil auch sie ihren autokratischen Herrscher verjagen wollen. Keine oder deutlich weniger Solidarität erfahren die subsaharischen Flüchtlinge.

Appelle an Europa bleiben vergeblich

Auch in arabischen Ländern gibt es Rassismus gegenüber Schwarzen. In Bezug auf die libyschen Flüchtlinge ist das Verhalten sowohl der tunesischen Regierung als auch der Bewohner in den Grenzgebieten zu Libyen beispiellos – und dies in einer für Tunesien wirtschaftlich äußerst schwierigen Situation. Mehrere internationale Hilfsorganisationen haben bisher ohne Erfolg an Europa appelliert, Tunesien in dieser Lage nicht allein zu lassen. „Einer der Widersprüche der westlichen Politik ist es, dass während sie bereit sind, Bomber zu schicken, um die Zivilbevölkerung zu schützen, sich die europäischen Regierungen gleichzeitig weigern, die Flüchtlinge aus diesem Land aufzunehmen“, zitiert die Washington Times einen Vertreter von Human Rights Watch.[5]

„Der Flüchtlingsrat Berlin ist einer der ältesten im Bundesgebiet. Als „Dach“ der verschiedenen Flüchtlingsorganisationen und -gruppen ist er unverzichtbar insbesondere für den Informationsaustausch der verschiedenen Aktiven untereinander, für die Verabredung gemeinsamer Aktionen und für die Lobbyarbeit auf Bundes- und Berliner Ebene.“

Stefan Keßler, Jesuiten-Flüchtlingsdienst Europa, Brüssel

Weltweit werden über 80 Prozent der Flüchtlinge von Entwicklungsländern aufgenommen.

Neben Tunesien sind auch Länder wie Niger (70.000 Flüchtlinge) oder Tschad (30.000 Flüchtlinge), die zu den ärmsten der Welt gehören, zu Aufnahmeländern für die Libyen-Flüchtlinge geworden. Im Vergleich dazu sind geradezu lächerlich wenige Menschen in Europa angekommen: Um die 50.000 Nordafrika-Flüchtlinge sind seit März auf Lampedusa gelandet, aus Malta werden circa 1.500 Flüchtlinge gemeldet, viele von ihnen sind subsaharische MigrantInnen, die im Krieg in Libyen zwischen die Fronten geraten sind. Diese Zahlen werden schnell veraltet sein, werfen aber ein Licht darauf, dass in Europa die Reaktionen in Bezug auf MigrantInnen völlig unverhältnismäßig, um nicht zu sagen verrückt sind. Deutschland hat sich übrigens bisher ausschließlich dazu bereit erklärt, 150 Flüchtlinge aus Malta aufzunehmen. Seit Anfang des Jahres sind nach Schätzungen 2000 Menschen im Mittelmeer bei dem Versuch ertrunken, sich vor dem Krieg in Libyen in Sicherheit zu bringen, und die EU ist weiterhin weder gewillt, mehr Menschen aufzunehmen, noch die Situation an den Außengrenzen zu verändern, um die Tode zu verhindern. „Besorgt sollten wir nicht sein, weil Menschen zu uns kommen wollen. Besorgt sollten wir sein, weil Menschen im Mittelmeer sterben. Wir sollten uns immer vor Augen halten, dass nicht Europa den Großteil der Flüchtlinge und Migranten aufnimmt, sondern arme Staaten in Afrika“, appellierte der Präsident des Deutschen Caritasverbandes Dr. Peter Neher angesichts der steigenden Todeszahlen im Mittelmeer und forderte eine andere Zuwanderungspolitik.[6] In Tunesien, das innerhalb weniger Monate seinen Diktator verjagt und eine halbe Million Flüchtlinge aufgenommen hat, stößt die europäische Haltung auf noch mehr Unverständnis: “Ich bin weder Italiener noch Franzose, ich weiß nicht wirklich, woher solches Verhalten kommt – ob das Hass ist oder Angst, aber eins weiß ich sicher: Menschlichkeit darf sich nicht so verhalten.“ [7]

Quellen

1) Paolo Cuttitta, Helmut Dietrich, Bernd Kasparek, Marc Speer, Vassilis Tsianos, „Die Grenze demokratisieren!“ in: Kritische Justiz, 2011, Heft 3, Nomos Verlagsgesellschaft, September 2011

2) Auch in Marokko hat sich eine Protestbewegung, die Bewegung des 20. Februar, formiert. Um keinen Anlass für Repression zu bieten, zitiere ich die Email eines mir bekannten Aktivisten anonym.

3) Stefan Fuele in: Leigh Phillips, „Europe ′should have backed demonstrators not dictators,′ commissioner says“, euobserver.com vom 1. März 2011

4) Mehdi Mabrouk ist Mitglied der „Höchsten Instanz für die Verwirklichung der Ziele der Revolution, der politischen Reform und des demokratischen Übergangs“ und Professor an der Universität Tunis, Zitat stammt aus einer Gesprächsaufzeichnung während einer Delegation nach Tunesien im Mai 2011

5) Daniel Williams von Human Rights Watch in der Washington Times vom 15. Juni 2011

6). Dr. Peter Neher, Presseerklärung von Caritas International anlässlich der Vorstellung des Jahresberichts, 29.6.2011 in Berlin

7) Interview mit Ben Youssef Karim von der tunesischen Hilfsorganisation BENEVOLUS

Miriam Edding arbeitet bei der Stiftung :do in Hamburg.

Im Mai dieses Jahres haben zwölf AktivistInnen der migrations-politisch aktiven Netzwerke *Welcome to Europe*, *Afrique-Europe-Interact* und *kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* eine Recherchereise nach Tunesien unternommen, unter ihnen Miriam Edding. Als Ergebnis der Reise entstand die Broschüre „Tunesien: Zwischen Revolution und Migration“, herausgegeben von bordermonitoring.eu im August dieses Jahres. Der hier abgedruckte Text ist mit freundlicher Genehmigung aus dieser Broschüre übernommen. Die gesamte Broschüre gibt es zum Download unter http://bordermonitoring.eu.

„Der Flüchtlingsrat Berlin ist eine starke Lobby für die Rechte von Flüchtlingen: konkret durch Einzelfallhilfe für die betroffenen Flüchtlinge, die in Berlin leben. Und strukturell durch Kampagnen auf politischer Ebene.“

Josef Winkler (MdB), Flüchtlingspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Grußworte

Carola Bluhm
Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Flüchtlingsrats Berlin,

unter dem Motto „Menschenrechte kennen keine Grenzen“ gibt der Flüchtlingsrat Berlin den Flüchtlingen eine energische Stimme, die weit über Berlin hinaus zu hören ist. Und wenn der Senat auch nicht immer die gleiche Sprache spricht, verfolgen wir dasselbe Ziel: Die Umsetzung einer humanitären Flüchtlingspolitik. Das zu erreichen ist schwer. Denn die bundesweite Flüchtlingspolitik ist nach wie vor durch Abschreckung und Ausgrenzung geprägt. Berlin geht andere Wege: Flüchtlinge können in eigenen Wohnungen wohnen, alle erhalten Bargeld statt Sachleistungen. Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes bekommen in Berlin auch die Kinder aus Flüchtlingsfamilien.

Anlässlich Ihres Jubiläums möchte ich Ihnen meinen herzlichen Dank für Ihre unermüdliche Arbeit aussprechen. In den vergangenen 30 Jahren wurden nicht zuletzt durch Ihr Engagement viele Veränderungsprozesse auf Senatsebene angeschoben. Damit haben Sie alle gemeinsam einen großen Beitrag zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen in unserer Stadt geleistet. Ich weiß diesen Beitrag überaus zu schätzen und ich wünsche der Stadt Berlin, dass Sie weiterhin mit energischer Stimme für die Flüchtlinge sprechen.

Ihre Carola Bluhm

Pfr. Roland Herpich
Direktor des Berliner Missionswerks

Vor dreißig Jahren gründete das Berliner Missionswerk gemeinsam mit anderen den Flüchtlingsrat Berlin. Damals wie heute sind wir davon überzeugt, dass unser weltweites Engagement für die Menschenrechte einschließt, dass wir uns entschieden für die Menschenrechte auch im eigenen Land einsetzen.

Meine Hoffnung ist, dass sich die Menschen in einigen Jahren an die 30-Jahrfeier des Flüchtlingsrates erinnern und sich verwundert fragen: Warum hat Europa damals die Flüchtlinge an seinen Grenzen abgewehrt? Warum hat man damals nicht erkannt, wie uns diese Menschen bereichern? Warum hat man die Flüchtlinge damals nicht gastfrei aufgenommen?

Berlin braucht den Flüchtlingsrat. Hier finden Flüchtlinge Rat und Hilfe und hier können sich Kirchen, Initiativen und Aktivisten abstimmen. So gilt unser Glückwunsch, Dank und unsere Grüße allen, die sich gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat für das Zeugnis der Liebe Gottes in unserer Stadt engagieren.

Dr. Jürgen Micksch
Vorsitzender von PRO ASYL

Als erster landesweiter Zusammenschluss war der Flüchtlingsrat Berlin seiner Zeit voraus. Bei der Bildung der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL vor 25 Jahren gehörte Pfarrer Jürgen Quandt aus Berlin bereits zu den Gründungsmitgliedern mit jahrelanger Erfahrung in der Flüchtlingsarbeit.

Seitdem entstehen in Berlin immer wieder wichtige Impulse. Das liegt nicht nur an der Rolle von Berlin als Bundesland und als Hauptstadt. In Berlin wird viel ausprobiert, was später als beispielhaftes Modell von anderen aufgegriffen wird. So haben die Berliner immer wieder zu neuen Initiativen Mut gemacht. Durch die räumliche Nähe zur Bundespolitik kommen sie auch an Informationen, die für andere nützlich sind.

Der Flüchtlingsrat Berlin hat unter den Flüchtlingsinitiativen eine herausragende Rolle, die auch künftig für PRO ASYL von großer Bedeutung ist.

Berlin braucht eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik!

Forderungen des Flüchtlingsrates Berlin zu den Abgeordnetenhauswahlen 2011 und an die neue Landesregierung

www.fluechtlingsrat-berlin.de

Flüchtlinge aufnehmen

Berlin setzt sich für ein bundesweites dauerhaftes **Resettlement-Programm** ein, geht mit gutem Beispiel voran und nimmt eigenständig Flüchtlinge auf, § 22 Satz 1 AufenthG.

Berlin wird gegenüber Bund und EU initiativ, um die Menschenrechte an den EU-Außengrenzen zu wahren, zur Seenotrettung ungeeignete **Frontexeinsätze** durch zivile Strukturen zu ersetzen und die Aufnahme Schutzsuchender zu sichern.

Berlin setzt sich für eine dauerhafte **Bleiberechtsregelung** ein. Das Bleiberecht kommt ohne Stichtag aus und knüpft an eine Mindestaufenthaltsdauer von fünf Jahren (Alleinstehende) bzw. drei Jahren (Familien) an. Arbeit wird nur verlangt, wenn sie gefunden werden kann und zumutbar ist. Für Flüchtlinge ohne Arbeit reicht es, dass sie sich nach Maßgabe der beim Alg II geltenden Verpflichtungen um **Arbeit bemühen**. Die Förderinstrumente zur Anpassungsqualifizierung, Ausbildung und Arbeitsaufnahme werden umfassend bereitgestellt.

Das Bleiberecht gilt auch für **erwerbsunfähige**, kranke, traumatisierte und ältere Menschen. Es wird nicht von Garantien wohlhabender Dritter abhängig gemacht, beachtet die Familieneinheit und verzichtet auf zusätzliche Ausschlusskriterien (Straftaten usw.).

Statt „heimlicher" Abschiebestopps und **„Kettenduldungen"** werden in Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes bei Abschiebestopps für mehr als sechs Monate Aufenthaltserlaubnisse erteilt, § 60a I S. 2 iVm § 23 I AufenthG. Die Möglichkeiten der Aufenthaltserteilung nach § 25 V AufenthG aufgrund der Aufenthaltsdauer und Verwurzelung der Betroffenen und ihrer Kinder ist umfassend zu nutzen.

Auf **Abschiebungen** wird verzichtet.

Der Senat bemüht sich ernsthaft um die Legalisierung von **Menschen ohne Papiere**. Der Zugang zu medizinischer Versorgung, Bildung und Rechtsschutz wird unabhängig vom Aufenthaltsstatus gesichert. Berlin legt eine Bundesratsinitiative zur Streichung des Denunziationsparagrafen § 87 AufenthG vor, verbunden mit einem sanktionsbewehrten Übermittlungsverbot.

Auf **Abschiebungshaft** wird verzichtet. Als Sofortmaßnahme werden die Inhaftierten polizei- und behördenunabhängig anwaltlich, sozial und medizinisch betreut.
Ein kommunales Wahlrecht schafft keine echte Teilhabe. Deshalb setzt sich Berlin für ein umfassendes Wahlrecht ein und dafür, Grundgesetz und Landesverfassung entsprechend zu ändern.

Berlin setzt sich beim Bund für Erleichterungen der **Einbürgerung** ein: die generelle Anerkennung der doppelten Staatsbürgerschaft; die Senkung der Gebühren; die Anerkennung von Aufenthaltszeiten mit Duldung und im Asylverfahren sowie der Arbeitssuche gemäß SGB II/III zur Sicherung des Lebensunterhalts als ausreichend.
Unionsbürger in prekären sozialen Lagen - darunter Angehörige der Roma - müssen qualifizierte Beratung, Hilfe bei der Arbeitsuche und Zugang zu sozialen und medizinischen Hilfen erhalten.

Ausbildung und Teilhabe am Wirtschaftsleben

Berlin setzt sich beim Bund für die **Abschaffung des Arbeitserlaubnisrechtes** und den unbeschränkten Arbeitsmarktzugang aller hier lebenden MigrantInnen, einschließlich Geduldeter und Asylsuchender; ein.

Berlin setzt sich beim Bund für eine Anpassung des BAföG zur Aufhebung des **leistungsrechtlichen Ausbildungsverbots** für Jugendliche aufgrund des Aufenthaltsstatus ein (§ 25 III und V AufenthG, Asylsuchende und Geduldete).

„Der Flüchtlingsrat Berlin kämpft seit nunmehr 30 Jahren für Menschen, die Schutz und Sicherheit vor staatlicher Verfolgung, vor Krieg und einem Leben in abgrundtiefer Armut suchen."

Hartfrid Wolff (MdB), Mitglied im Fraktionsvorstand und Vorsitzender des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der FDP-Bundestagsfraktion

Der neue Senat legt umgehend ein **Landesberufsanerkennungsgesetz** vor, das ergänzend zum Anerkennungsgesetz des Bundes die Anerkennung der landesrechtlich geregelten Abschlüsse sicherstellt und die Anerkennung von LehrerInnen mit nur einem Fach einschließt.

Für gesellschaftliche Teilhabe – gegen soziale Ausgrenzung

Der aktuelle **„Integrationsdiskurs“** trägt diskriminierende Züge („Integrationsverweigerer“). Statt über mangelnde Deutschkenntnisse zu klagen, sind die Hindernisse für eine **gleichberechtigte Teilhabe** in allen rechtlichen und gesellschaftlichen Bereichen zu beseitigen und der Schutz vor Diskriminierung sicherzustellen.

In Berlin lebende Flüchtlinge erhalten unabhängig vom Aufenthaltsstatus Anspruch auf **Deutschkurse**; das Land stellt die nötigen Finanzmittel bereit.

Auf Bundesebene setzt sich das Land Berlin für die **Abschaffung der Residenzpflicht**, die Aufhebung der Zwangsverteilung sowie der Wohnsitzauflagen für Ausländer ein. Nach der Änderung des § 58 AsylVfG wirkt es daraufhin, mit Brandenburg umgehend einen gemeinsamen Residenzpflichtbezirk für Asylsuchende zu schaffen. Im Übrigen wird für Verlassenserlaubnisse eine großzügige Ermessensausübung und die Gebührenfreiheit sichergestellt. Auf gesetzlich nicht zwingende Wohnsitzauflagen wird verzichtet.

Auf Bundesebene setzt Berlin sich für die Aufhebung des verfassungswidrigen **AsylbLG** ein, da Art und Umfang der seit 1993 nie an die Preisentwicklung angepassten Leistungen das Grundrecht auf menschenwürdige Existenz und auf Gleichheit sowie das Sozialstaatsgebot (Art. 1, 3, 20 GG) verletzen. Als Sofortmaßnahme erhalten unter das AsylbLG fallende Kinder und Erwachsene zum wenigstens teilweisen Ausgleich der mittlerweile um 38 % unter Hartz IV liegenden AsylbLG-Regelsätze die Kosten für ein **Sozialticket** der BVG.

Nach dem AsylbLG funktioniert die medizinische Versorgung nicht. Als Sofortmaßnahme auf Landesebene soll Berlin an AsylbLG-Berechtigte **Krankenversichertenkarten** nach dem **„Bremer Modell“** ausgeben,
vgl. www.fluechtlingsrat-berlin.de > Gesetzgebung > Medizin.

Der erforderliche zusätzliche medizinische und sonstige Bedarf **besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge** wird gewährt. Berlin setzt sich beim Bund dafür ein, dies gesetzlich zu regeln.

Berlin sichert statt neuer Sammellager für asylsuchende, geduldete und bleibeberechtigte Flüchtlinge den Zugang zu regulären **Mietwohnungen** und veranlasst rechtsverbindliche Mietkostenübernahmebescheinigungen, Übernahme von Mietkautionen, Anhebung der Mietobergrenzen, umfassende Beratung und Hilfe bei der Wohnungssuche sowie die Rückkehr zu einer sozialen Wohnungspolitik (Begrenzung des Mietanstiegs, Stopp von Zweckentfremdung und Umwandlung, Förderung eines sozialen Wohnungsneubaus).

Die Berliner Mindeststandards für bestehende **Aufnahme- und Sammellager** werden umgehend angepasst und bisher fehlende verbindliche Vorgaben u.a. zu Anzahl und Qualifikation des Personals, Gemeinschaftsräumen, Kinderbetreuung, Kinderspielplatz, Zugang zu modernen Kommunikationsmitteln (Internetterminals) gemacht. Es werden ausschließlich abgeschlossene Wohneinheiten vorgesehen.

Auf Bundesebene setzt Berlin sich für die **Abschaffung des Lagerzwangs** ein (Streichung §§ 47 und 53 AsylVfG, § 61 Abs. 1 - 3 AufenthG, Abschaffung AsylbLG).

Kinder und Jugendliche: Recht auf besonderen Schutz und Bildung

Für **Kinderflüchtlinge** wird ein qualifiziertes Clearingverfahren sichergestellt. Sie werden nicht willkürlich älter gemacht; im Zweifel wird das von den Betroffenen angegebene Alter berücksichtigt. Es werden handlungsfähige, allein am Kindeswohl orientierte Vormünder bestellt. Die rechtlich fragwürdige Berliner Praxis der Inhaftnahme zwecks Abgleich der Fingerabdrücke beim BKA wird sofort eingestellt.

Asylbewerberkindern wird der **Besuch der Grund- und Sekundarschule** nicht länger rechtswidrig verweigert. Der Zugang zu Hort- und Kitabetreuung wird gewährleistet. Die diskriminierende Ersatzbeschulung im Sammellager wird abgeschafft. Der Unterricht findet in der regulären Schule statt; die Kinder werden schnellstmöglich in Regelklassen integriert.

Demonstration für die Abschaffung der Residenzpflicht am 22. April 2006 auf der Glienicker Brücke

Faire und unbürokratische Verfahren statt Abschreckung und Abwehr

Eine Ausländerbehörde, die auf Abwehr und Abschreckung setzt, wird den Gründen von Flucht und Migration nicht gerecht. Die Erfahrungen mit Organisation, Kommunikation und Ermessensausübung der Ausländerbehörde Berlin sind niederschmetternd.

Es wird eine **neue Behörde für Aufenthaltsangelegenheiten** und Migrationsfragen geschaffen, die nicht mehr der Senatsverwaltung für Inneres, sondern z.B. der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales unterstellt wird. Das Leitbild der Behörde wird Beratung, Freundlichkeit, Kundenorientierung und die schnellstmögliche soziale und ökonomische Teilhabe an der Gesellschaft umfassen.

Als Sofortmaßnahme werden die **Verfahrenshinweise** der Ausländerbehörde Berlin systematisch auf besonders restriktive Auslegungen geprüft. Dazu gehören die rechtswidrig das Ermessen ausschließende Auflage „Erlischt mit Bezug von Leistungen nach SGB II oder SGB XII bzw. AsylbLG“ sowie die bundesrechtlich ebenfalls nicht vorgesehene Studierverbotsauflage.

Beratungsstellen für Flüchtlinge bei Initiativen und bei Behörden werden angemessen finanziert. Eine qualifizierte **Härtefallberatung** einschließlich Nachbetreuung durch NGOs wird, weil ehrenamtlich nicht zu leisten, vom Senat finanziert.

Berlin baut auf dem im Bau befindlichen Flughafen BBI **keine neue Haftanstalt für Asylbewerber**. Schutzsuchenden wird die Einreise zur Durchführung des Asylverfahrens in Freiheit ermöglicht.

„Der Flüchtlingsrat Berlin ist eine starke Lobby für einen Personenkreis, der eigentlich keine Lobby hat. Egal wer in Berlin regiert, in der Flüchtlingspolitik geht kein Weg am Flüchtlingsrat Berlin vorbei.“

Udo Wolf (MdA), Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus Berlin DIE LINKE.

„Menschen werden nicht als Härtefall geboren, sie werden zum Härtefall gemacht.“

Ein Bericht aus dem Beratungsalltag.

Von Monika Hermann und Monika Kadur

‘Härtefall‘ ist der vermeintlich sachliche und politisch-juristische Fachausdruck für Menschen, die ausreisepflichtig sind, deren Abschiebung aber eine besondere Härte darstellt. Zum „Härtefall“ werden sie, weil die rechtlichen und politischen Umstände sie dazu machen. Als letzte Hoffnung auf ein Aufenthaltsrecht gibt es für diese Menschen eine Kommission – die Härtefallkommission (HFK). Der Flüchtlingsrat Berlin ist in der HFK durch ein Mitglied und eine Stellvertreterin vertreten und unterhält eine „Härtefall“-Beratungsstelle.

Montagmorgen um 10.00 Uhr in der Härtefallberatung des Flüchtlingsrats, Witzlebenstraße 30a in Berlin-Charlottenburg. Es klingelt – Herr A. aus dem Libanon steht vor der Tür. Er wirkt verzweifelt. Seine Rechtsanwältin hat ihn zu uns geschickt, sie könne nichts mehr für ihn tun. Er hat bereits einen Abschiebetermin für Donnerstag. Wir seien seine „letzte Rettung“, sagt er und blickt uns mit großen erwartungsvollen Augen an. Über zehn Jahre ist es her, dass sein Asylantrag abgelehnt wurde. Danach bekam er eine Duldung, durfte nicht arbeiten. Ein Arbeitsverbot, das ihn zur Verzweiflung trieb. Er hätte gerne seinen Lebensunterhalt selbst verdient. Aber die Ausländerbehörde blieb dabei: Erwerbstätigkeit nicht gestattet! Herr A. geriet auf die falsche Bahn, wurde drogenabhängig. Es folgten Verurteilungen wegen Beschaffungskriminalität. Aber es gelang ihm, sich von den Drogen zu befreien. Seit zwei Jahren macht er eine Therapie und ist nun clean. Unterstützt hat ihn dabei vor allem seine Lebenspartnerin. Sie glaubt an ihn und gibt ihm Sicherheit. Ohne sie und die gemeinsame Tochter hätte er vielleicht schon längst aufgegeben. Die Ausländerbehörde sagt, er könne die Therapie im Libanon fortsetzen. Was sie dabei nicht berücksichtigt, ist die Lebenspartnerschaft und das gemeinsame Kind.

Jetzt gilt es, zu formulieren, Worte drehen, wenden, verwerfen; wie erkläre ich in Verwaltungsdeutsch das Offensichtliche: Die Härte der Entscheidung, jemanden auszuweisen, weil er aufgrund seiner Suchtkrankheit gegen Gesetze verstoßen hat? Macht es überhaupt Sinn, den Antrag bei der HFK zu stellen, oder sind die Würfel schon gefallen, der Flug für ihn bereits gebucht? Dann bedeutet eine Verzögerung nur mehr Kosten – ja, die Chancen für Herrn A. sind schlecht. Aber nicht aussichtslos. Also hoffen und gleichzeitig bei Herrn A. keine großen Erwartungen wecken.

Die erste Hürde ist geschafft: Herr A. ist in der Härtefallkommission zur Beratung angenommen. Auch die zweite Hürde ist überwunden: Die einzelnen HFK-Mitglieder haben mehrheitlich für ihn gestimmt. Nun beginnt eine Woche bangen Wartens. Die Akten liegen beim Innensenator. Wie und nach welchen Kriterien wird er entscheiden? Letzteres bleibt unklar; das ist politisch so gewollt. Der Innensenator muss seine Entscheidung nicht begründen, denn es handelt sich de facto um ein „Gnadenrecht“. Gnade vor Recht. Wie erkläre ich dann den Betroffenen, warum der Daumen des Senators nach unten ging? Bei Herrn A. ging der Daumen des Senators nach unten – er ist also offiziell kein „Härtefall“– er kann abgeschoben werden. Jetzt liegt es an uns, ihm das nicht Erklärbare zu erklären.

In der Zwischenzeit sitzen mindestens 10 Personen im Warteraum. Vielen ist die Härte des Alltags ins Gesicht geschrieben. Oft sind sie krank, traumatisiert und die ausgrenzenden Lebensbedingungen tun das Übrige.

Aktionstag *100 Tage und kein Bleiberecht* am 24. Februar 2007

Heute sind viele hier, die glaubten, es schon geschafft zu haben: Sie hatten das Glück, dass bei ihnen der Daumen des Senators nach oben ging. Warum sind sie dann wieder hier? Ganz einfach: Sie hatten die Auflage, ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familie zu sichern. Aber nun haben sie ihre Arbeit verloren, oder der befristete Arbeitsvertrag ist ausgelaufen – und der mühsam erworbene Aufenthaltstitel ist in Gefahr. Einmal Härtefall – immer Härtefall?

Gemeinsam mit ihnen versuchen wir, eine Lösung zu finden. Schaffen sie es erneut, einen Arbeitgeber, eine Ausbildungsstelle, eine Weiterbildungsmaßnahme nachzuweisen? Und was kommt danach? Sie werden wiederkommen und wir fahren fort, den Wahnsinn zu verwalten.

Warum machen wir das? Sind wir nicht das Feigenblatt des Innensenats? Macht das überhaupt Sinn? Ja, es macht Sinn, weil immer wieder Menschen über die Härtefallkommission doch noch einen Aufenthalt erhalten. Manchmal geht der Daumen des Senators eben nach oben. Und dann ist die Freude bei uns allen riesengroß - endlich ist eine Lebensperspektive hier in Deutschland möglich, Familien, Freundinnen und Freunde können zusammenbleiben und es ist so, wie es eigentlich sein sollte: Ein Mensch, der hier leben und arbeiten möchte, kann dies auch.

Das ist es, was wir in dem alltäglichen Wahnsinn erreichen möchten – am liebsten für Alle. Gerne würden wir uns abschaffen und vor allem die HFK – aber das geht erst, wenn die ausgrenzenden Gesetze geändert werden und es ein echtes Bleiberecht für alle gibt. Dann hätten wir einen wirklichen Rechtstaat und bräuchten keine Härtefallkommission mehr.

Monika Kadur vertritt seit Januar 2011 den Berliner Flüchtlingsrat in der Härtefallkommission und leitet gemeinsam mit Monika Hermann die Härtefallberatungsstelle des Flüchtlingsrats. Sie ist langjährige Menschenrechtlerin, arbeitete viele Jahre für Amnesty International und ist heute freiberuflich für das Netzwerk BleibNet PLUS für Brandenburg tätig.

Monika Hermann ist Juristin und arbeitet als Fachreferentin für verschiedene Rechtsgebiete wie Arbeits- und Sozialrecht sowie Asyl- und Ausländerrecht. Weiterhin ist sie als systemische Organisationsentwicklerin täig und seit März 2011 Stellvertreterin von Monika Kadur in der Härtefallkommission.

Die Härtefallberatung des Flüchtlingsrats in Zahlen

Von 01.01.2010 - 31.12.2010 suchten insgesamt 1.163 Personen unsere Härtefallberatungsstelle auf. In dieser Zeit fanden neun Sitzungen der HFK statt. Von der Härtefallberatungsstelle des Flüchtlingsrats wurden 74 Fälle eingereicht, die 131 Personen betrafen. Davon erhielten 86 Personen eine Aufenthaltserlaubnis über die HFK.

„Die Stellungnahmen des Berliner Flüchtlingsrates haben uns und mir Beispiele aus der Praxis aufgezeigt und wichtige Argumentationshilfe geleistet."

Rüdiger Veit (MdB), Sprecher der Arbeitsgruppe Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion

Kinder aus dem Kosovo und Bosnien-Herzegowina, Wohnheim Riemenschneiderweg, Internationaler Bund (IB)

Der Arbeitskreis „Junge Flüchtlinge“ des Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Von Uta Keßler und Siegfried Pöppel

Nach der Definition der UN-Kinderrechtskonvention sind Kinder Menschen, die das 18. Lebensjahr nicht vollendet haben. Wenn wir im Folgenden von „Kindern“ sprechen, so denken wir hierbei auch an Jugendliche.

In West-Berlin lebten bis zur Wiedervereinigung vergleichsweise viele Flüchtlinge. Die Einreise über den Flughafen Schönefeld in die DDR war für Ausländer einfach und der Übergang nach West-Berlin über den Bahnhof Friedrichstraße kaum kontrollierbar. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre schockierten Medienberichte über immer neue „Asylantenwellen“ regelmäßig die deutsche Öffentlichkeit. Die Berichte vom nahenden „Untergang des christlichen Abendlandes“ (ein gern strapaziertes Bild) dienten dazu, den sogenannten Asylkompromiss, der zur Einschränkung des Grundrechtes auf Asyl führte, medial vorzubereiten. Angst, Neid und die Abneigung gegen Menschen, die in Deutschland Schutz vor Krieg und Verfolgung suchten, prägten damals die politische Debatte und leider auch oft den Umgang mit Flüchtlingen.

Gründung des AK Junge Flüchtlinge

Unter den nach Berlin kommenden Flüchtlingen waren auch Kinder, die unbegleitet aus den Kriegs- und Krisengebieten hierher kamen. Der Gedanke, diesen Kindern mit einer umgehenden Abschiebung zu helfen, lag anscheinend nah. Anders ist es nicht zu

erklären, dass in den Abschiebegefängnissen auch Minderjährige einsaßen. Viele Kinder kamen aber auch in die Einrichtungen der Berliner Jugendhilfe. Schnell wurde offenbar, dass viele der MitarbeiterInnen in den Heimen und Jugend-Wohngemeinschaften den Umgang mit den Ausländer- und Asylgesetzen fürchteten. Sie hatten Angst, für die Ausweisung eines ihrer Schützlinge verantwortlich zu sein, da sie mit der einschlägigen Gesetzgebung nicht vertraut waren. Bei einigen PädagogInnen hält diese Angst bis heute an.

So kam es, dass sich 1986 PädagogInnen, die regelmäßig an den Plenarsitzungen des Flüchtlingsrates teilnahmen, im *Arbeitskreis Junge Flüchtlinge* organisierten. Ziel war der pädagogische und politische Erfahrungsaustausch und die Entwicklung gemeinsamer Strategien für den Arbeitsalltag mit Kinderflüchtlingen. Die Teilnahme an den Sitzungen des Flüchtlingsrates reichte für diese sehr spezielle Arbeit nicht mehr aus.
Seither greift der *Arbeitskreis Junge Flüchtlinge* des Flüchtlingsrates aktuelle und immer wieder auch längerfristige Probleme der Sozialarbeit mit Kinderflüchtlingen auf und versucht durch politische Einflussnahme die Lebenssituation von jungen Flüchtlingen in Berlin zu verbessern. Die allein nach Berlin reisenden minderjährigen Flüchtlinge stehen in der Tätigkeit des Arbeitskreises oft im Fokus, genauso beziehen wir aber die Situation der Flüchtlingskinder, die mit ihren Familien hier leben, in unsere Arbeit mit ein.

Clearingstelle und Clearingverfahren

Eines der ersten und besonders wichtigen Themen für den Arbeitskreis war der Aufbau einer Clearingstelle für unbegleitete Kinderflüchtlinge in Berlin sowie die Definition des Begriffes „Clearing“. In der Clearingstelle sollte die Situation und der Hilfebedarf von unbegleiteten Minderjährigen nach ihrer Einreise geklärt werden. Dazu gehörten Fragen wie Familienzusammenführung, Identität, nötige Unterstützung, Unterbringung, Inobhutnahme und schulische Perspektiven. Aus der Praxis heraus hatten wir sehr genaue Vorstellungen, wie eine kulturell adäquate und den traumatischen Erlebnissen der betroffenen Kinder angemessene Willkommenskultur aussehen sollte. Die zuständigen SenatorInnen hatten und haben bis heute jedoch völlig andere Auffassungen von einer Willkommenskultur. Ein Zitat der damaligen Jugendsenatorin Ingrid Stahmer macht die grundsätzliche Zielrichtung der Berliner Senatspolitik gegen Kinderflüchtlinge deutlich: „Es muss sich auch im afrikanischen Busch herumsprechen, dass es einem in Berlin nicht Gold geht“.

Seit Anfang der 90er Jahre gibt es die Erstaufnahmeeinrichtung und Clearingstelle (EAC) in Berlin, derzeit befindet sie sich in Berlin-Zehlendorf. Wesentliche Themen, die seit beinahe 25 Jahren im Zusammenhang mit der Clearingstelle diskutiert werden, sind neben der Personalausstattung und der pädagogischen Ausrichtung der Clearingstelle auch die Feststellung bzw. Einschätzung des Alters der betroffenen jungen Menschen. Jugendhilfe ist teuer, und die Verlockung, bei einer Altersfeststellung einen jungen Menschen älter zu schätzen, damit kein „Jugendhilfebedarf“ besteht, ist groß. Da es hierfür keinerlei objektive Verfahren gibt, hat der *Arbeitskreis Junge Flüchtlinge* des Flüchtlingsrates 2007 erneut ein Konzept für ein Clearingverfahren vorgelegt. Wichtige Forderungen waren und bleiben, die Dauer des Clearingverfahrens auf mindestens sechs Monate auszuweiten und auf entwürdigende Altersfeststellungsverfahren zu verzichten. Bisher wurde dieses Konzept leider nicht umgesetzt. Die Kosten können nicht der Grund sein, denn wir gehen sogar von Einsparungen aus. Berliner Behörden haben jedoch ein Beharrungsvermögen, das nicht erklärbar ist.

Fehlende Perspektiven

Neben der Altersfeststellung kommen viele der im Arbeitskreis behandelten Themen immer wieder auf oder verschwinden nie von der Tagesordnung: Bleiberechtsregelung, Zugang zu Berufsausbildung,

Recht auf Schule, Umsetzung der Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention in die einschlägigen Gesetze ...

Der Arbeitskreis trifft sich in der Regel alle zwei Monate in den Räumen des BBZ (Beratungs- und Betreuungszentrum) in der Turmstraße 72 in Berlin-Tiergarten. Teil nehmen SozialarbeiterInnen von Jugendhilfeeinrichtungen, Asylbewerberwohnheimen, engagierte RechtsanwältInnen, Beratungsstellen sowie psychosozialen Anlaufstellen, aber auch interessierte Einzelpersonen wie Vormünder, Studierende und andere engagierte Menschen. Der Arbeitskreis organisierte bisher zwei Symposien zur Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Berlin, bei denen TeilnehmerInnen aus verschiedenen Bereichen in einen zweitägigen Gedankenaustausch traten.

Zu besonders dringenden Themen treffen sich die Mitglieder des Arbeitskreises zu Sonderarbeitsgruppen. Derzeit bestehen Untergruppen zur Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, der Bildungssituation von jungen Flüchtlingen in der Stadt und zur Situation im Clearingverfahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Mit Politikern, Gremien, Kirchen, Parteien und Schulen stehen wir im regelmäßigen Austausch. Besonders eng ist die Zusammenarbeit mit *Jugendliche ohne Grenzen* (JOG).

Eines der derzeit größten Probleme ist, dass die Senatsverwaltung nicht in der Lage zu sein scheint, genügend Schulplätze für junge Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Viele junge Menschen verlieren wichtige Zeit ihrer Kindheit und Jugend, weil sich die Schulverwaltung nicht ausreichend darum kümmert, dass sie ihrer Schulpflicht nachkommen können. Die Liste der noch unbefriedigenden Lebensaspekte von jungen Flüchtlingen ist lang. Es fehlen vor allem Perspektiven einer Berufsausbildung oder eines Studiums. Die teilweise schier unüberwindbaren Hindernisse, einen gesicherten Aufenthalt zu erlangen, erzeugen bei den jungen Flüchtlingen große Existenzängste.

Wir sehen leider die Notwendigkeit, den Arbeitskreis ebenso lange fortzuführen, wie auch die Existenz des Flüchtlingsrates nötig ist.

Uta Keßler ist Mitglied des Flüchtlingsrats Berlin und Leiterin der Arbeitsgruppe Bildung des AK Junge Flüchtlinge. Sie arbeitet als Sozialpädagogin bei der INDI gGmbH, einem Jugendwohn-Projekt in Berlin-Neukölln.

Siegfried Pöppel gehört zu den Gründungsmitgliedern des Flüchtlingsrats Berlin e.V. und des AK Junge Flüchtlinge. Er ist seit vielen Jahren im Vorstand des Flüchtlingsrats Berlin aktiv und leitet das Internationale Jugendwohnen von Wege ins Leben e.V.

30 Jahre Flüchtlingsrat Berlin – 15 Jahre Büro für medizinische Flüchtlingshilfe

Von Jessica Groß

Vor 15 Jahren wurde das Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin (Medibüro) von mehreren antirassistischen Gruppen gegründet. Anfang der 90er Jahre hatte die Änderung des Asylrechts sowie die Einführung rassistischer Sondergesetze zu einer anhaltenden staatlichen Illegalisierung von Flüchtlingen geführt. Dieser massiven Einschränkung der Grundrechte sowie der allgegenwärtigen rassistischen Hetze wollten die GründerInnen des Medibüros praktische Solidarität und widerständige Politik entgegen setzen.

Mit dem Auf- und Ausbau eines Netzwerks von medizinischen Fachkräften haben wir eine Struktur geschaffen, um Illegalisierten den Zugang zu qualifizierter medizinischer Behandlung zu ermöglichen. Über die Jahre wurde dieses Netzwerk von einer stetig steigenden Zahl von Flüchtlingen in Anspruch genommen. In den letzten Jahren zählte das Medibüro etwa 1000 Vermittlungen jährlich.
Seit der EU-Osterweiterung können die Staatsangehörigen der Beitrittsländer ohne Visum legal einreisen. Jedoch zeigt sich eine eklatante Schieflage zwischen Aufenthaltsfreizügigkeit und sozialen Rechten. In den vergangenen Jahren ist das Medibüro daher insbesondere auch Anlaufpunkt für EU-MigrantInnen ohne Krankenversicherung geworden.

Das Medibüro ist staatlich und parteipolitisch unabhängig, es basiert auf unentgeltlicher Arbeit und privaten Spenden. Auch die ÄrztInnen, Hebammen, PhysiotherapeutInnen, PsychologInnen und ÜbersetzerInnen des Netzwerks bieten ihre Leistungen unentgeltlich an. Dennoch ist eine qualifizierte medizinische Behandlung teuer. Einnahmen aus privaten Spenden und Ausgaben für medizinisch notwendige Behandlungen stehen in den 15 Jahren der Geschichte des Medibüros fortwährend in strukturellem Ungleichgewicht. Immer wieder zeigt sich, dass eine Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Krankenversicherung durch unentgeltliche Arbeit und privates Engagement nicht zu lösen ist.

Seit seiner Gründung tritt das Medibüro für eine staatliche Einlösung des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit und des internationalen Rechts auf medizinische Behandlung ein. In Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat hat das Medibüro pragmatische und nachhaltige Konzepte entwickelt und in zahlreichen Kampagnen, Initiativen und Diskussionen vorgestellt. Leider konnten auch in den fünf Jahren des rot-roten Senats keine substantiellen Verbesserungen erreicht werden: Das vorgeschlagene Konzept des „Anonymen Krankenscheins“ scheitert bislang an der ordnungspolitischen Sichtweise des SPD-Innensenats.
Über all die Jahre ist der Flüchtlingsrat nicht nur in der politischen Arbeit einer der wichtigsten Verbündeten des Medibüros. Seit Jahren kann sich das Medibüro auf die sozial- und ausländerrechtliche Expertise des Flüchtlingsrats stützen. Seit 2004 übernimmt der Flüchtlingsrat die Kontoführung für das Medibüro, das keine eigene Vereinsstruktur hat, und ermöglicht so das Einwerben von Spenden.

Für die vielfache Unterstützung möchten wir uns beim Flüchtlingsrat herzlich bedanken! Wir wünschen euch und uns viele weitere und erfolgreiche Jahre gemeinsamer Politik für gleiche Rechte und gegen Rassismus.

Jessica Groß ist Ärztin in Berlin und ehrenamtliche Mitarbeiterin im Medibüro.

Büro für medizinische Flüchtlingshilfe Berlin
Gneisenaustr. 2a | 10961 Berlin
Tel.: 030 6946746 (Mo/Do 16.30-18.30)
info@medibuero.de | www.medibuero.de

Spendenkonto:
Flüchtlingsrat Berlin e.V. | Stichwort „Medizinische Flüchtlingshilfe“
Bank für Sozialwirtschaft | BLZ 10020500 | Konto-Nr: 3260302
Für die Spenden können steuerabzugsfähige Spendenquittungen ausgestellt werden, dazu bitte die Adresse auf der Überweisung vermerken oder eine kurze Mail an info@medibuero.de schicken.

„Glückwunsch an den Flüchtlingsrat Berlin! Als Kampagnen-Netzwerk schätzen wir den Flüchtlingsrat als wichtigen Kooperationspartner im gemeinsamen Einsatz für Menschenrechte."

Astrid Goltz, Campact e.V., www.campact.de/migration/home

Zum 30. Jubiläum wünschen wir uns 300 neue Fördermitglieder!

Mit einer Fördermitgliedschaft helfen Sie uns, die Arbeit des Flüchtlingsrats langfristig abzusichern und seine Unabhängigkeit zu bewahren.

Aufnahmeantrag als Fördermitglied im Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Flüchtlingsrat Berlin e.V.
Georgenkirchstr. 69-70
10249 Berlin
Tel: (030) 24344 5762
Fax: (030) 24344 5763
buero@fluechtlingsrat-berlin.de
www.fluechtlingsrat-berlin.de

Adresse

_____
Vorname / Nachname

_____
Straße / Hausnummer

_____
PLZ / Ort

_____
E-Mail / Telefon

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Flüchtlingsrat Berlin e.V. bei der Gossner Mission widerruflich, die Beiträge als Fördermitglied in Höhe von (bitte auswählen!) von meinem Konto einzuziehen:

☐ mtl. 10,- Euro oder ☐ jährlich 120,- Euro

☐ mtl. 20,- Euro oder ☐ jährlich 240,- Euro

mtl. _____ Euro, oder halbjährlich _____ Euro, oder jährlich _____ Euro
(mind. 10 Euro mtl. Der Verwaltungsaufwand reduziert sich für uns bei jährlichem Einzug)

_____ _____
Kontoinhaber Geldinstitut

_____ _____
Kontonummer Bankleitzahl

Ort, Datum:_____ Unterschrift: _____

☐ Ich möchte in den Email-Verteiler des Flüchtlingsrats aufgenommen werden.
☐ Ich möchte den zweimonatig erscheinenden Infobrief per Email erhalten.

Fördermitglieder erhalten am Jahresanfang automatisch eine Spendenbescheinigung.
Bitte informieren Sie uns bei Umzug über Ihre neue Anschrift. Weitere Informationen zur Fördermitgliedschaft unter www.fluechtlingsrat-berlin.de/spenden.php

Der Flüchtlingsrat wird unterstützt von

Europäischer
Flüchtlingsfonds EFF

und vielen anderen.

Diese Broschüre wurde gefördert durch
Stiftung Werkschule und den Förderverein PRO ASYL e.V.

Die Jubiläumsfeier des Flüchtlingsrats wurde unterstützt durch
GRIPS Theater
Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Südost Europa Kultur e.V.
Restaurante Bar-Celona
BIOTOPIA Berlin
Deutsch-Togoischer Freundeskreis e.V.
Dada falafel
FischPirat
BBZ (Beratungs- und Betreuungszentrum) und Jugendliche ohne Grenzen
Biofein Bio
Restaurant Jalla Jalla

und viele andere.

Spenden: Bank für Sozialwirtschaft | BLZ: 100 205 00 | Konto Nr.: 311 68 03 | Stichwort: 30 Jahre